

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Braunstraße, 5/6 durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis Vierteljährlich Mk. 3.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitung Nr. 7268.

Volkswacht

Infektionsgefahr besteht für die einseitige Verteilung über einen Raum 20 Pfennige für Briefmarken und Postanweisung 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Freitag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 39.

Donnerabend, den 15. Februar 1896.

7. Jahrgang.

Agarwissenschaftlicher Staatssozialismus.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die bürgerliche Socialwissenschaft beforschen die Geschäfte der Socialdemokratie. Die wirtschaftliche Entwicklung vernichtet die Kleinbetriebe; die Socialwissenschaft muß diese Thatsache eingesehen und kann nicht anders, als zeigen, wohin die Reise der Entwicklung geht, zur Zusammenschmelzung der untergehenden Kleinbetriebe zu immer größeren Großbetrieben mit dem endlichen Ziele des Ueberganges des Grund und Bodens und der Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit.

Am 6. d. Mts. hat der bekannte Berliner Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Sering in der vierten und letzten Sitzung des Deutschen Landwirtschaftlichen Centralverbandes über die Annahmen zur Schuldenlastung, bezw. Schuldenleichterung des ländlichen Besitzes berichtet.

An dem Besitz und Schuldenstande dreier mittelschleischer Gemeinden wies er die hohe Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes nach.

Unseren mittelschleischen Bauern ging es bekanntlich — soweit sie größere und mittelgroße Güter besaßen — vor ein bis zwei Jahrzehnten noch recht gut. Es gab und giebt zum Theil noch heute wohlhabende und reiche bäuerliche Gutshöfe in Mittelschlesien.

Aber auch diese widerstandsfähigsten unter den deutschen Bauern können sich neben dem städtischen Großcapital nur schwer und zum Theil gar nicht behaupten.

Es steht fest, daß von 1850 bis 1880 in Schlessien nicht weniger als 4920 Bauerngüter mit 194,000 Gekker in ländlichen Großbetrieben aufgegangen sind. Prof. Sering versichert nun, daß große Theile des gesammten deutschen Bauernstandes stark in ihrer Existenz gefährdet sind. Er gab die Zahl der bäuerlichen Besitz in Deutschland, die vor dem Ruin stehen, auf über 100,000 an und fügte hinzu: in Wst. und Mitteldeutschland bahnt sich sogar in Folge dessen eine eigene Art Latifundienbildung an. Inländische und ausländische Capitalisten kaufen große Complexe kleinbäuerlichen Besitzes billig auf, um sie aufzuforsen, also Waldland daraus zu machen.

In den drei mittelschleischen Gemeinden, die Professor Sering vorzugsweise im Auge hatte, fließt ein großer Theil des Reinertrages — wie es ziemlich überall auf dem Lande der Fall ist — statt in die Hände der Besitzer, in die der Gläubiger. Die Bauern haben Alle entweder den ganzen oder den größten Theil ihres Reinertrages an den Gläubiger abzuführen. 14 von 42 Höfen gehen langsam, aber sicher ihrem Untergang entgegen. Nur 9 Bauern haben in diesen Orten noch ein ausreichendes Einkommen.

Viele der gefährdeten Bauern könnten durch die Herabsetzung des Zinsfußes — auf höchstens 3 Prozent — noch gerettet werden, manchen aber sei auch dadurch nicht zu helfen.

Die einzige zuverlässige Rettung ist nach Sering nur gegeben in der schon öfter von ihm empfohlenen „Inne Colonisation“, die dadurch zu Stande kommen soll, daß der Staat unter Aufwendung von etwa einer Milliarde Mark

die gefährdeten Güter ankauft und sie an Einzelne oder bäuerliche Genossenschaften verpachtet oder sie zur Verschuldungsgrenze wieder verkauft.

Auf diese Weise würde schließlich ein großer Theil der jetzt freien Bauern in Staatsbauern — staatlich angestellte Bodenarbeiter — verwandelt.

Der Staat würde alsdann jedenfalls immer mehr danach trachten, den gesammten bäuerlichen Mittelstand ganz und gar von sich erst wirtschaftlich und dann politisch abhängig zu machen.

Mit dieser Verstaatlichung des Bauernthums muß, nach Sering, der Staat den durch den Capitalismus herbeigeführten Uebelständen entgegenarbeiten. Sering hob hervor, daß die Hypothekenschuld jährlich in Preußen um 200 Millionen Mark wächst. Dies führe mit Sicherheit zur allmählichen Enteignung des Grundbesitzes und stelle heut zu Tage einen ganz unvermeidlichen Vorgang dar, der aus unserem capitalistisch angelegten Agrarrecht hervorgehe, welches den Grundbesitz als Handelsware betrachtet und mit der völligen Beherrschung des Bodens durch das Capital und der Verstaatlichung des Mittelstandes enden müsse.

Daß der Staat zum Zweck einer diesen Folgen vorzuziehenden Schuldenlastung oder Schuldenleichterung der bäuerlichen Betriebe die nöthigen Millionensummen Geldes aufzubringen vermöchte, — daß die parlamentarischen Körperschaften auf derartige im conservativ-bureaucratischen Geiste gehaltene Maßregeln eingehen könnten, ist selbstverständlich ganz unmöglich.

Aber wenn es auch geschehen könnte, so würde sich doch sehr bald zeigen, daß selbst mit einer Milliarde Mark das beabsichtigte Ziel, die Agrarfrage zu lösen und den heute bestehenden staatlichen Einrichtungen durch Verstaatlichung des bäuerlichen Besitzes ein sicheres politisches Fundament unterzujubeln, bei Weitem noch nicht zu erreichen wäre.

Dem selbst von den Grundeigentümern sind die mittleren bäuerlichen Besitzer doch bei Weitem nicht die Einzigen, deren Lage heut zu Tage schwierig oder zum Theil unhaltbar geworden ist. Sehr vielen Rittergutsbesitzern bis hoch in den Großgrundbesitz hinauf geht es heute ebenso. Nur der Latifundienbesitz ist allen Schwierigkeiten seiner Lage noch völlig gewachsen. Wenn dem bäuerlichen Mittelstande geholfen werden soll und den kleinen Rittergutsbesitzern nicht in gleicher Weise Beistand gewährt wird, so wird der Staat gerade diejenige Schicht der Bevölkerung in die Reihen seiner erbittertesten Feinde eintreten sehen, die, so lange als er bedingungslos ihre Interessen vertrat, seine eifrigsten Anhänger gewesen sind. Auch ihren Grundbesitz zu verstaatlichen oder wenigstens zunächst bei ihnen eine ernstliche Schuldenerleichterung einzutreten zu lassen, dazu besitzt der gegenwärtige Staat weder die materiellen Mittel noch die politische Macht, und damit käme er viel zu tief auf die abschüssige Bahn der Bodenverstaatlichung, die ohne Demokratisierung, ohne den Beistand der großen Mehrheit des gesammten Volkes absolut nicht durchzuführen ist.

Aber was innerhalb des heutigen Staates, als staatsocialistische Maßregel, sich nicht als durchführbar er-

weisen wird, — das bedarf nur des feinsten Verstandes bemoocratisch-socialistischer Wirtschaftsgestaltung, um im klaren lauterer aderbaugenoessenschaftlicher Form knapp zu gebelien.

Politische Handjchen.

Berlin, den 14. Februar.

Aus dem Reichstage. Das Haus erledigte heut den Etat des Auswärtigen Amtes und nahm sodann den Militäretat in Angriff. Beim Etat des Auswärtigen brachte Bebel die Theilnahme des deutschen Botschaftlers in Wien, des Grafen Philipp Eulenburg, an der Nordlandreise des Kaisers zur Sprache und bezweifelte, daß sich diese Tour mit den dienstlichen Obliegenheiten des Gesandten vertrage. Herr von Marschall war augenscheinlich in Verlegenheit; seine Gewandtheit ließ ihn im Stich und seine Erwiderung fiel ungenügend aus. Das hob Richter hervor, der sich auf den Standpunkt unseres Genossen stellte. Nun versuchte der allezeit getreue Herr von Stumm der bebrängten Regierung zu Hilfe zu kommen; seine Ungeschicklichkeit aber verbarb alles. Er sprach davon, daß man ja gar nicht wissen könne, ob das Staatsoberhaupt dem Gesandten nicht wichtige Instruktionen auf der Reise zu erteilen gehabt hätte. Dieser famose Rettungsversuch, der die gesammte Linke in große Heiterkeit versetzte, gab Bebel Anlaß zu einer scharfen Erwiderung. Daß unsere Genossen mit ihrem consequenten Antrag, das Gehalt des Gesandten in Wien zu streichen, in der Milderheit blieben, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. — Beim Militäretat übte Bebel wie in den Vorjahren scharfe Kritik an bestimmten Zuständen und Besatzungen in der deutschen Armee. Wir verweisen auf die ausführliche Wiedergabe seiner Rede in unserem Bericht. Die Erwiderung des Herrn Kriegsministers war ganz in dem alten Tone und Geiste gehalten, durch den sich die rednerischen Ergüsse des Herrn gegen unsere Partei auszeichnen. Morgen wird ihm und dem geschwägigen Herrn Schall, der nicht fehlen wollte, Bebel erwidern.

— Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Freitag zunächst der Etat des Kriegsministeriums und der des Auswärtigen Ministeriums debattiert. Die hierauf folgende Beratung des Etats der directen Steuern lieferte von Neuem den Beweis, daß die Agrarier keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ihr bekanntes Klage lied anzustimmen. Diesmal wies Graf Kanitz aus den Zahlen der Steuerstatistik nach, wie schwer die Landwirtschaft zu leiden habe. Der Finanzminister Dr. Miquel sah sich veranlaßt, einige Zahlen seines Freundes zu berichtigeln, beschleunigte ihm des lieben Friedens halber aber doch, daß wirklich ein Nothstand besteht. Im Uebrigen bestritt Dr. Miquel, daß aus der Statistik ein Zurückgehen des Mittelstandes ersichtlich sei, wie es Graf Kanitz behauptet hatte. Der Rest der Debatte bot nichts Bemerkenswerthes. Am Sonnabend steht der Etat für Handel und Gewerbe und der Budget auf der Tagesordnung.

Bel - Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Schluß.

Das Geräusch der gewaltig angewachsenen Menge klang immer mächtiger zu der Wölbung der Kirche empor. Man vernahm Stimmen, die fast laut mit einander redeten. Man deutete auf berühmte Männer, die, zurückergelehrt zu werden, die imponierende Haltung einzunehmen suchten, unter der sie öffentlich bekannt waren, sie waren eben gewohnt, sich so bei allen Festen zu zeigen, deren unausbleiblicher Schmuck, deren künstlerisches Ornament sie zu sein schienen. „Sagen Sie doch mal, lieber Konstant“, fuhr Rival fort, „Sie verkehren doch viel beim Director, ist es denn wahr, daß Frau Walter und Du Roy nicht mehr mit einander reden?“

„Ja. Sie wollte ihm die Kleine nicht geben. Er hatte aber den Vater in den Händen. Er wußte zuviel von bleichenden Gebirgen — in Marokko. Er drohte dem Alten also mit gefährlichen Enthüllungen, mit Geisterbeschreibungen. Walter dachte an das Schicksal Barocke Mathieu's und gab nach. Die Mutter aber, eigenständig wie alle Weiber, schwur hoch und heilig, daß sie mit ihrem Schwiegersohn kein Wort mehr wechseln wolle. Wenn sie sich Beide gegenüberstehen machen sie einen außerordentlich komischen Eindruck. Sie sieht wie eine Bildsäule, wie eine Nachebottin aus Stein aus, und er sieht sich außerst unbehaglich, er, der sich doch sonst so vornehmlich zu benehmen weiß, denn er versteht sich zu beherrschen, der Purche!“

Collegen traten an sie heran und schüttelten ihnen die Hand. Die letzten Worte politischer Unterhaltungen tönten herüber. Und so unbestimmt, wie die Bräutigam eines neuen Meeres, drang mit der Sonne das Geräusch der Massen hinein, die draußen vor der Kirche harrten, und ertönte die

zurückhaltene Unruhe des feinen Volkes im Innenraume des Tempels.

Pöblich ließ der Schweizer an der Pforte seine Geliebte dreimal auf den Boden. Alle Anwesenden drehten sich um, seibene Kleider rauschten, Stühle wurden gerückt. Und am Arme ihres Vaters erschien die junge Braut im hellen Lichte des Portals.

Sie sah noch immer wie ein Spielzeug aus, wie ein reizendes, weißes Spielzeug mit Drangblättern im Haar. Einige Augenblicke blieb sie auf der Schwelle stehen, und als sie dann ihre ersten Schritte in das Schiff der Kirche hinein machte, erbrauste die Orgel und begrüßte ihren Eintritt mit ihrer mächtigen, metallenen Stimme.

Gesenkten Kopfes schritt sie ein wenig furchtsam, ein wenig erregt dahin, die hübsche, reizende Miniaturbraut. Die Frauen lächelten und flüsternten, als sie sie vorübergehen sahen. Die Männer zischelten: „Reizend! Wunderbar!“ Herr Walter aber wandelte mit übertriebener Würde und etwas bleichem Gesicht, die Brille stolz auf der Nase, neben ihr hin.

Drei Ehrenjungfrauen folgten; alle vier in Rosa und alle vier hübsch, ein Hof für die schöne Königin. Die Ehrenherren waren gleichfalls sorgfältig ausgewählt, sie stimmten im Typus überein und gingen in gleichmäßigem Schritt, der von einem Balletmeister einstudiert zu sein schien.

Oben schloß sich Frau Walter am Arm des zweiundneißigjährigen Marquis von Latour-Doelin an, des Vaters ihres anderen Schwiegersohnes. Sie ging nicht, sie ließ sich ziehen. Bei jedem Schritt vorwärts war sie einer Dornenbüsche näher. Man merkte, daß ihre Füße sich an den Fliesen fest zuhaken suchten, daß ihre Beine nicht weiter wollten, daß ihr das Herz in der Brust wie ein wildes, entzündetes Thier schlug.

Sie war mager geworden. Ihre weißen Haare schienen noch bleicher, ihr Gesicht noch runzlicher als sonst zu sein.

Sie blinnte stark vor sich hin, um niemanden sehen zu müssen, um vielleicht auch nur an ihre Qual denken zu können.

Dann erschien Georges Du Roy mit einer alten, unbekannten Dame.

Er trug den Kopf hoch und wendete seine Augen unter den etwas trauen Augenbrauen gleichfalls nicht zur Seite. Sein Schnurrbart über der Lippe sah gleichsam erregt aus. Jeder fand ihn sehr hübsch. Seine Haltung war stolz, seine Taille fein, seine Beine gerade. Der Frack stand ihm gut, da wie ein Blutstropfen das rothe Bändchen der Ehrenlegion befestigte.

Dann kamen die Verwandten, Rose am Arm des Senatore Riffollin, die seit sechs Wochen verheiratet war. Der Graf von Latour-Doelin führte die Gräfin von Perceur.

Nun folgte ein sonderbarer Zug von Verbündeten oder Freunden Du Roy's, die er in seine neue Familie eingeführt hatte, ein Zug von Herren aus jener bestannten Pariser Gesellschaft, die sofort die besten Freunde sind und sich bei Gelegenheit als entfernte Vettern reicher Emporkömmlinge ausgeben. Einige Verwandte der Frau Walter nahmen sich wie Provinzialen in diesem Zuge aus.

Und immer noch klang die Orgel, ließ das gewaltige Instrument seine schwellenden Rhythmen und leuchtenden Stimmen erbrausen, die Wonne und Schmerz der Menschen zum Himmel rufen.

Die großen Thürflügel des Portals wurden geschlossen und plötzlich wurde es düster in der Kirche, als wenn man die Sonne eben hinausgeworfen hätte.

Georges war jetzt an der Seite seiner Frau vor dem erleuchteten Altar niedergekniet. Der neue Bischof von Targier schritt, den Krummstab in der Hand, die Mitra auf dem Haupte, aus der Seitentür, um sie im Namen des Vaters zu vereinen.

Die Aufhebung der Salzsteuer wird von der socialdemokratischen Fraction des Reichstags zur zweiten Lesung des Etats in einer Resolution beantragt...

Zur Militärkraftprozeßordnung wird dem „Hamd. Corresp.“ officiell geschrieben, allem Anscheine nach sei bisher eine Entscheidung über die Vorschläge des preussischen Staatsministeriums noch nicht erfolgt...

Die Reaction verkörpert sich in der staatlichen Macht und in den Dienst dieser Macht stellt sich das Recht, die Rechtsmiffenschaft. Von diesem Standpunkte aus gewinnt die neue Preisangabe der Holzendorff-Stiftung aktuelles Interesse.

Der Gesegentwurf über die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten stellt die letzteren gleich den Professoren unter das Disziplinalgesetz für die nichtrichtlichen Beamten, also unter die provincialen Disziplinarbehörden...

Staatlich patentirte agrarische Wissenschaft. In ihrer Kritik über Stöcker und Wagner offenbart die „Conserv. Corresp.“ den Herzenswunsch der Agrarier nach einer staatlich patentirten Wissenschaft...

Das Werk ist erst halb gethan, indem der Dämpfung des Pastoren-Socialismus politisch tod gemacht wurde. Es wäre zu wünschen, daß die Lehrstühle unserer Universitäten der wahren Wissenschaft wiedergegeben würden...

Wozu die Religion der herrschenden Klassen dient, das sagt uns unumwunden ein Organ eben dieser Klassen, nämlich die „Vater-Feindung“.

ber Massen zur Unterwerfung unter die hergebrachten harten Bedingungen des Daseins, und die privilegierten Klassen zeigten hauptsächlich aus dem nämlichen Grunde den lebhaftesten Eifer für die Religion...

So wird's gemacht. Aus Lissa i. P. erhält die „Germania“ die Abschrift der „Verfügung“ eines dortigen sogenannten „Districtscommissars“...

J. Nr. 130. Lissa i. P. Ost, den 8. Januar 1896.

Am 27. d. M. ist der Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Es ist Pflicht eines jeden guten Unterthanen, sich seines Allergnädigsten Herrn und Kaisers in Dankbarkeit für die unablässigen Bemühungen des erhabenen Herrschers zum Wohle seiner Unterthanen...

Der königliche Districts-Commissar. (Unterschrift) An sämtliche Gemeindevorsteher des Districts.

Diese „Verfügung“ des Herrn Districtscommissars — die Institution der Districtscommissare, die nur in der Provinz Posen besteht, nimmt eine Zwischenstellung zwischen Landrath und Localpolizeibehörde ein — ist so charakteristisch, daß sie eines besonderen Commentars kaum bedarf...

Die conservativ-gehbe gegen die Christlich-Socialen leitet offenbar einen weitreichenden Abwehrkampf in der conservativen Partei ein. Eine Stütze der Conservativen im Wahlkreise Garbelen-Salzwedel, Bahner Schwarzkopf, hat dem „Volk“ zufolge an das Bureau der conservativen Partei folgendes Schreiben gerichtet:

Zu meinem Bedauern habe ich mich geübt, in Folge der unvorhergesehenen Abwesenheit, der Dankbarkeit und Freue, die ich für die unermüdeten Bemühungen des Eifer-Vollstreckers am 1. Februar d. J. an dem Ausritte aus dem vorerwähnten Wahlkreise ausgesprochen habe.

Womit dieser Schritt unter den Pastoren Nachahmung finden wird, hoffe der demnach in Frankfurt a. M. stattfindende Christlich-socialen Parteitag entscheiden zu lassen. Daß in der Kreislage der Pastoren eine rechte erbitterte Stimmung herrscht, zeigt folgende Zeile, welche die „Vater-Feindung“ aus Kreisen der evangelischen Geistlichkeit enthält:

In einem Kreise der evangelischen Geistlichkeit lautet die Meinung über den Vorkurs des Nationalismus gegen die christlichen Lehren der Religion kaum anders. Man hat in den unvorhergesehenen Fällen des Nationalismus und in der Folge davon ein großes Unbehagen unterkommenen Schaden an Vermögen, eine directe Herabwürdigung der geistlichen Standes. In einzelnen kirchlichen Organen und in dem „Vater-Feindung“ wird man sie kaum ermannen sollte.

man sie kaum ermannen sollte. So heißt es in einem beschreiben: „Es ist doch wirklich ein starkes Stück, den Geistlichen Rechte zu nehmen, die sonst jeder Staatsbürger besitzt.“

Der preussische Schulmeister soll nach bekannter „patriotischer“ Legende die Schlacht bei Pönniggrätz gewonnen haben. Aber das dankbare Vaterland speist ihn dafür mit niedrigen Gehältern ab, ganz abgesehen von der sonstigen Vernachlässigung der Schule, welche jene Legende in ein ganz sonderbares Licht stellt.

Die Dienstjahre von 1800 bis 1897 betragen 21 Jahren um 200 Mk. auf den Gehaltsbetrag von 2000 Mk. (In Preußen 1620 Mk. nach 32 Jahren.) Die Dienstzeit wird vom Tage der ersten dienstlichen Verwendung nach bestandener Schlussprüfung berechnet. Die Gemeinden sollen dadurch nicht höher belastet werden, sondern die Differenz zwischen dem bisherigen und nunmehr gesetzlichen Betrag wird aus Staatsmitteln ausbezahlt.

Dresden, 13. Februar. Bis zur Stunde sind socialdemokratische Petitionen gegen die Wahlrechtsvorlage mit 140.000 Unterschriften eingelangt. Ihre Zahl dürfte sich auf 250.000 erhöhen.

Die sächsischen Wahlrechtsverfälscherung findet auch im Auslande Beachtung, und zwar in man auch dort auf der richtigen Witterung mit der Annahme, daß es sich in Sachen um einen Probeversuch handelt, der, wenn er gelingt, im Reiche wiederholt werden würde.

Er stellte die gebräuchlichen Fragen an sie, wechselte die Dinge und sprach die Worte aus, die wie Anten über den Raum riefen: er eine unwillkürliche Anrede an die Reservenmächtigen. Lange sprach er in pompösen Redensarten vor der ehelichen Front.

Sie hatte nachgeben müssen. Was hätte sie sonst thun sollen? Aber jetzt dem Tage, wo sie ihre geschätzteste Tochter aus ihrem Zimmer gejagt und sich geweiht hatte sie zu lassen, seit dem Tage, wo sie zu Georges Du Roy, der sie beim ersten Zusammenstoß nach der Ermordung ceremoniell begrüßt, mit leiser Stimme gesagt hatte: „Sie sind der gemeine Schand, den ich kenne.“

Sie hatte nachgeben müssen. Was hätte sie sonst thun sollen? Aber jetzt dem Tage, wo sie ihre geschätzteste Tochter aus ihrem Zimmer gejagt und sich geweiht hatte sie zu lassen, seit dem Tage, wo sie zu Georges Du Roy, der sie beim ersten Zusammenstoß nach der Ermordung ceremoniell begrüßt, mit leiser Stimme gesagt hatte: „Sie sind der gemeine Schand, den ich kenne.“

Und nun stand für ein Bißchen und gab in der Kirche in Gegenwart von zweihundert Menschen und vor ihrem Tugendpater ihren Tochter ihrem Schwager per Frau. Und sie konnte nicht sagen, konnte nichts haben, durfte nicht sprechen: „Mir gehört dieser Mann! Mein Schicksal ist er.“

Der Bischof schaute: „Sie gehören zu den Glückseligen dieser Erde, zu den Reichsten und Angehörigen der Welt. Ihr Kalb hebt Sie über die Andern heraus, Sie haben für den Fall, Sie lehren, richten, lehren das Volk.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

„Nehmen eine solche Aufgabe haben Sie zu erfüllen, in jedem Detail zu geben.“

heftigen. Sehr scharf wendet sich das Londoner Liberales "Daily Chronicle" gegen das reactionäre Experiment, indem es u. A. schreibt:

"Diese Maßregel ist ein planmäßiger Versuch, Sachsen zurückzuführen, auf einen überlebten Typus zurückzugehen, die Reformen, welche die politische Entwicklung dieses Theils von Deutschland zur jetzigen Höhe gebracht, mit Füßen zu treten. Sie ist sozusagen ein Schwertgehärt, um das mittelst Kräfte Gewalt niederzuhalten, dem man bisher nicht vermocht hat, die Mittel der Vernunft und politischen Weisheit entgegenzustellen. Der sächsische Landtag wird in ein ausschließliches Werkzeug des kapitalistischen Progressivismus verwandelt und mit einer engschmiedigen Presse, einem fast vernichteten Vereinsrecht und dem Mangel einer gehörigen oder richtigen Volkvertretung rechnet man darauf, wie wir vermuthen müssen, daß in Sachsen ein gleicher "Friede" herrschen werde wie einst in Warschau. Eine gewaltthätigere, reactionäre, beleidigende — und wie wir hinzufügen, kurzfristige — Maßregel würde es schwer fallen, auszuenden."

Dann heißt es am Schluss weiter: "Es wäre natürlich vergeblich die Mähe von Seiten der Kritiker die Frage zu stellen: Wie kommt Ihre Idee damit belächelt, daß Ihr lediglich ihre äußeren Kundgebungen unterbrückt? Eine solche Frage stellt man vernünftigen Menschen, die im Stande sind, auf einen Einwand mit Verstand einzugehen, nicht aber unvernünftigen Personen, die sich von blinder Leidenschaft statt von der Vernunft leiten lassen und sich brüsten auf ihre Machtvollkommenheit berufen, mit Gewalt niederzutreten, wo sie nicht zu überleben vermögen. Wird die Verfassung des deutschen Reiches dergestalt geändert, daß die arbeitenden Klassen ihre politischen Ansichten nicht angemessen zum Ausdruck bringen können, so leitet allermählig die Geschichte, was geschehen wird. Diese Ansichten werden irgend eine Weise zum Ausdruck kommen, wenn auch nicht auf friedlichem Wege. Deutschland hat sich der großen Gelegenheit einer friedlichen Entwicklung vom feudalen Militarismus zur Demokratie erfreut — es scheint . . . diese Gelegenheit wegzuwürfen."

Es ist bezeichnend, daß solche thörichtes Beginnen für englische Auffassung nahezu unbegreiflich ist. Um zu dem Verständnis zu kommen, muß man eben die ganze politische Verkommenheit der deutschen Bourgeoisie kennen, die sie hindert, über ihre Nützlichkeit hinaus zu sehen und die sich stets "gerettet" glaubt, wenn sie sich durch irgend eine Dummheit aus einer augenblicklichen Verlegenheit herauszuziehen. Es ist die höchste Ausbildung politischer Kurzsichtigkeit, die ihre Ursache in der bornirtesten Klaffenselfsucht hat.

Auch in Baden soll das Wahlgesetz geändert werden. Aber die dortigen Nationalliberalen brennen doch nicht die Musterreactionenleistung wie die hellen Sachsen fertig. Der Antrag der nationalliberalen Fraktion der zweiten badischen Kammer auf Wahlreform will die Zahl der Abgeordneten von 63 auf 73 erhöhen. Das Großherzogthum soll demnach in 58 Wahlbezirke eingetheilt werden, die je einen Abgeordneten auf Grund des directen allgemeinen Wahlrechts zu wählen haben, wobei die relative Mehrheit entscheidet soll. Außerdem sollen in 13 Städten zusammen 15 Abgeordnete durch einen aus Klassenwahl hervorgegangenen Bürgerausschuß gewählt werden. Das reactionäre Anhängsel fehlt zwar nicht, aber gegen Sachen sind die badischen Nationalliberalen noch Radikale.

Oesterreich-Ungarn.

Die Idee der Wahlreform ist das Fluidum, welches gegenwärtig die ganze politische Atmosphäre Oesterreichs durchdringt. Das geht wie aus anderen Anzeichen so auch aus dem Verlaufe der diesjährigen Session der Landtage hervor; fast in jedem der 17 Provinzialparlamente hat bisher eine Wahlreformdebatte stattgefunden, sind Anträge auf Abänderung des geltenden Wahlrechts gestellt worden, manche haben zu Resolutionen geführt, aber nur in einem einzigen Kronlande, nämlich in Kärnten, ist eine wirkliche legislative Reform zum Beschluß erhoben worden. In diesem stillen Landchen allein hat man nämlich den Muth gefunden, das bisherige indirecte Wahlrecht der Einwohner von Landgemeinden in ein directes Wahlrecht umzuwandeln. Die Re-

Sie war noch voll, denn jeder hatte sich wieder auf seinen Platz begeben, um sie zusammen vorübergehen zu sehen. Langsam, ruhigen Fußes schritt er dahin; stolz trug er sein Haupt, und seine Augen hefteten sich auf die große Sonnenbucht vor dem Portal. Leichte Schauer fühlte er über seinen Körper rieseln, die Schauer maßlosen Glückes. Er sah keinen anderen mehr. Er dachte nur an sich.

Als er auf der Schwelle angelangt war, blickte er auf die schwarze braunende, dicht gedrängte Menschenmasse herab, die fernweg, Georges Du Ros's wegen, gekommen war. Das Volk von Paris beneidete und bewunderte ihn.

Dann hob er seine Augen auf und entdeckte unten hinter dem Paaß de la Concorde die Kammer der Deputirten. Und es kam ihm vor, als sollte er gleich einen Sprung machen von der Säulenhalle der Madeleinekirche bis zum Portikus des Palais-Bourbon.

Zwischen zwei Heeren von Zuschauern stieg er langsam die Stufen der hohen Freitreppe hinab. Aber er sah die Menschen nicht mehr; seine Gedanken gingen zurück, und vor seinen vom Sonnenlicht geblendeten Augen tauchte das Bild der Frau von Marcella auf, wie sie vor dem Spiegel stand und sich die Ketten Korpulden ordnete, die so leicht unordentlich wurden.

Literatur.

"Sociale Praxis, Centralblatt für Socialpolitik." Die unter diesem Titel seit dem 1. April erscheinende gemeinliche neue Folge des Socialpolitischen Centralblatts und der Blätter für sociale Praxis (Verlag Carl Heymanns Verlag) enthält in ihrer neuesten Nr. 20 folgenden leitenden Aufsatz: Die Coningentierung der deutschen Zuckervroduction.

gierung hat nun allerdings bis heute keine Einwendung gegen diese Reform erhoben; trotzdem ist es fraglich, ob sie selbst diese geringe Verbesserung des Wahlrechtes der kaiserlichen Sanction unterbreiten wird. Denn in anderen Landtagen, so im Vorarlberger und neuerdings im niederösterreichischen Landtage, haben die Regierungsvertreter die Erklärung abgegeben, daß das Ministerium insoweit keine einschneidende Aenderung des Wahlrechtes zum Landtage gutheissen könne, als nicht die Reichsvertretung über die bevorstehende Wahlreform für das Abgeordnetenhaus schlüssig geworden sei.

Zu den Wiener Gemeinderathswahlen haben in dieser Woche die dortigen Arbeiter in acht Versammlungen Stellung genommen, auf deren Tagesordnungen Besprechungen des communalen Programms standen. Die Versammlungen waren durchweg vorzüglich besucht. Sie fanden statt in den Bezirken Leopoldstadt, Landstraße, Margarethen (west), Alsergrund, Favoriten, Simmering und Gernalse. Eine neunte Versammlung mit verwandter Tagesordnung veranstaltete der politische Verein "Gleichheit" in Mariabühl. Auch einzelne Candidaten der Socialdemokratie wurden bereits bestimmt.

Italien.

Ueber die Aussichten Italiens in Aefinien greift allmählig eine sehr pessimistische Stimmung in Italien Platz, wozu nicht wenig beiträgt, daß die strengste Depeschencensur gelbt wird, um die Verbreitung ungünstiger Nachrichten zu verhindern. Die Correspondenten der Blätter aber, welche die Wahrheit berichten, werden — vermutlich auf Anweisung Crispis — vom General Varetieri aus Erythraa ausgewiesen. Entschiedenem Widerpruch gegen die Afrikaunternehmung erhebt auf Grund des Augenzeins auch der Abgeordnete Macola, Leiter der "Gazetta di Venezia" und Berichterstatter der "Times", der aus dem Hauptquartier Moaga Hamus am 23. Januar schreibt: "Die Unternehmung ist unfruchtbar, außer Verhältnis zu den Finanzmitteln Italiens und kann uns ruiniren. Bei hartem Ackerboden, spärlicher Bevölkerung, mangelnden Straßen, weit entfernten Märkten und beständiger Unsicherheit kann die Colonie niemals rentabel werden und würde am besten aufgegeben." Macola beabsichtigt eine entsprechende Belehrung der Kammer, die aber Crispi nicht zusammenberufen will, um der Verantwortung für seine verbrecherischen Colonialabenteuer zu entgehen oder sie wenigstens so lange wie möglich hinauszuschieben.

England.

Der Verzicht Sextons auf die ihm angetragene Führerschaft der irischen Nationalpartei droht diese in eine schwere Krise zu stürzen. Bei dem andauernden Zwist zwischen Dillon und Healy bietet die Wahl eines beiden Gruppen gemeinsamen Führers die größten Schwierigkeiten, über die man vielleicht nur durch die Berufung eines black horse, das heißt einer unbedeutenden Persönlichkeit ohne stark ausgeprägte Typognomie hinweg kommen wird. Die zerfahrenen Zustände im irischen Lager haben bereits eine able Folge mit sich gebracht, die gesteigerte Unzugänglichkeit der unionistischen Regierung für die Wünsche der Iren. Der scharf abweisende Ton, in dem Sir Gerald Balour im englischen Unterhause den auf Homerule bezüglichen Zusatzantrag Dillons belächelte, ließ erkennen, wie tief das Ansehen der irischen Partei in Folge ihrer inneren Zerklüftung gesunken ist. Einer geschlossenen, in Ziel und Weger einigen Irenpartei gegenüber hätte Sir Gerald zweifellos einen milderen Ton angeschlagen. Leider ist die Hoffnung gering, daß der am 18. d. M. fortzusetzende Dubliner Parteitag eine gründliche Besserung der Parteizustände bewirken werde; die selbstsüchtige Verbissenheit Tim Healys und seiner Anhänger wird der irischen Sache so lange schweren Abbruch thun, als nicht unter den Iren ein neuer Parnell entsteht und mit eiserner Faust alle die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenfaßt und in den Dienst der einen großen Vaterlandsidee zwingt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung ist vom Landgericht Stettin am 14. November v. J. der Handelsmann Wilhelm Baumann zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Es handelte sich um eine Aeußerung, die von Frauen bekundet wurde, die dem Angeklagten feindselig sind. Wegen Beschränkung der Vertheidigung hob auf die Revision des Angeklagten das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Aus Aitona schreibt man: Das hiesige Landgericht verurtheilte heute den Cigarettenarbeiter Köhler, der vielfach wegen verschiedener Vergehen und Verbrechen vorbestraft ist und moralisch auf einer niedrigen Stufe steht, wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängniß. Der Angeklagte ist am 11. Januar auf einer Polizeistation erschienen und hat dort in einem fort beschimpfende Aeußerungen gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen. Im Polizeigefängniß, wohin man ihn brachte, setzte er die Schimpfereien fort. Betrunknen soll der Angeklagte nicht gewesen sein und so muß man annehmen, daß es in seinem Oberflüchchen nicht richtig gewesen ist. Ein vernünftiger Mensch kann sich nicht so betragen, wie der Angeklagte.

In Posen saß, wie schon kurz berichtet, am 10. Februar ein Anhänger des Bundes der Landwirthe auf der Anklagebank. Der Gutsbesitzer Karl Müller aus Kofosin war wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Die Verhandlung fand bei geschlossenen Thüren statt. Nach längerer Beratung verurtheilte der Vorsitzende folgendes Urtheil: Der Gerichtshof habe der eidlichen Aussage des einzigen Beschäftigten, Lehrers Sigismund Bielona, Glauben schenken müssen. Danach habe sich der Angeklagte einer Beleidigung seines Landesherren schuldig gemacht. Es sei auf die niedrigste Strafe erkannt worden. Das Urtheil lautet demnach

auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Wenn der Angeklagte glaube, daß er nicht schuldig sei, so müsse er ihm überlassen bleiben, an die Gnade der Krone zu appelliren. Aus dem Urtheil ging noch hervor, daß die Beleidigung gefallen ist, als gewisse Maßnahmen der Regierung in den Kreisen des Angeklagten kritisiert wurden.

Eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung ist vor dem Landgericht II. Berlin gegen den Gewerker Paul Jahn eingeleitet. Das "Verbrechen" soll Jahn in einer Volksversammlung am 28. December v. J. in der Rigseldorfer Brauerei bei Spandau begangen haben.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Schneider Franz Hehlke aus Berlin, welcher vor etwa drei Wochen im Hospital zu Oberwesel Aufnahme fand, verhaftet und durch den Polizeiwachmeister Herrmann der Staatsanwaltschaft zu Koblenz vorgeführt.

Eine neue Art von Majestätsbeleidigung hat das Schöffengericht in Rabolzell in Baden erfunden. Eine Anzahl Mitglieder des Militärvereins in Ueberlingen am Rhein war am Geburtstag des Großherzogs von Baden von der angeordneten Kirchparade weggeblieben. Der Vorsteher, der zugleich Bürgermeister ist, rügte dies Verhalten, dessen sich sonst nur Socialdemokraten schuldig machten; das sei eine Beleidigung gegen den Landesfürsten. Gegen diesen Vorwurf erhoben die angeklagten Mitglieder eine Beleidigungsklage. Das Gericht sprach den Vorwand kostenlos frei. Im Urtheil wurde ausgeführt, daß das als b. i. c. h. l. l. i. c. h. e. Fernbleiben vom Kirchengebäude an vaterländischen Festen als eine Beleidigung, wenn auch keine strafbare, des Landesherren aufzufassen sei, um so mehr, als die Kläger Mitglieder eines Militärvereins waren. — Vielleicht kommt demnach irgend ein anderes Gericht dahinter, daß das Wegbleiben vom Kirchengebäude bei solchen Gelegenheiten sogar strafbar ist.

Arbeiterbewegung.

Die Beteiligte an dem Streik der Berliner Confectionsschneider und Näherinnen nimmt täglich an Ausdehnung zu. Am ersten Tage hatten sich nach einem allseitigen Ueberschlag an 5000 Personen Streikarten ausstellen lassen; heute ist die Zahl auf reichlich 10 000 gestiegen; ein weiteres Anwachsen wird eintreten, weil die Arbeiterinnen, welche ihre übernommenen Arbeiten ausgeliefert haben, keine neuen Sägen annehmen, sondern die Arbeit niederlegen. Die Zahl derjenigen, die nicht nur für die erste Woche, sondern überhaupt auf alle Unterstüzung verzichten haben, ist sehr groß; von diesen haben sich nur wenige der Streikcontrolle unterstellt, obwohl sie die Arbeit ruhig lassen. Es wäre erwünscht, wenn auch sie sich Streikarten ausstellen ließen. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine gute. An den Flugblattvertheilungen und den Controllen beteiligten sich alle Streikenden sehr lebhaft.

Die Confectionäre bemühen sich, durch geringe Lohnzulagen die Zwischenmeister zum Weiterarbeiten zu bewegen. Die Arbeiterinnen lehnen solches Ansuchen durchweg ab, weil sie wissen, daß solche Zugeständnisse keinen Werth haben und ebenso schnell wieder zurückgezogen werden können. Nur die Fünfer-Commission kann mit den gesamten Unternehmern verhandeln und abschließen, erst ihre Abmachungen bieten eine Garantie, daß etwas geschaffen wird, was dauernden Nutzen für die beteiligten Arbeiter hat.

Am Sonntag, Morgens 10 1/2 Uhr, finden in Keller's Festsaal, im Feen-Palast und im Köstner Hof drei große Versammlungen statt, in denen die Reichstags-Abgeordneten Sebel, Fischer und Wurm sprechen werden über: Die Ausbeutung der Arbeiterinnen in der Confectionsindustrie und der Reichstag.

Aus den anderen Streikorten der Confectionsarbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland, so aus Stettin, Erfurt und Halle liegen Meldungen vor, daß die Stimmung der Ausständigen fortwährend vorzüglich ist und daß sich immer mehr und mehr Arbeiterinnen der Bewegung anschließen. Es verlautet, daß allorten die Solidarität der Proletariat die schwere Probe glänzend besteht und daß die Erkenntniß vom Werth der Organisation sich gerade durch diesen gewaltigen Lohnkampf in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung verbreitet. Das wäre in der That eines der besten Ergebnisse, das die vereinte Anstrengung aller deutschen Confectionsarbeiter zeitigen könnte. Nur eine organisirte und geeinte Arbeiterschaft kann eine Besserung ihrer Lage in der capitalistischen Gesellschaft erringen. In Berlin hat die Organisation der Schneider und Schneiderinnen seit 3 Wochen um 4000 Mitglieder zugenommen.

Streik der Zimmerer in Berlin. Bis zum 13. Februar, Abends 7 Uhr, haben 129 Arbeitgeber mit zusammen 1750 beschäftigten Zimmerern die Forderung, neunstündige Arbeitszeit und 55 Pf. Lohn bewilligt. Der Geist der Streikenden ist ein guter, umso mehr, da sich die ganzen Vororte solidarisch mit uns erklärt haben und allenthalben die von uns gestellten Forderungen zu den ihrigen gemacht haben. Dies ist eine Unterstützung, die Bedeutung hat.

Wozu große Bergarbeiter-Versammlungen im Grubenbezirk Karwin, dem Schuplag des seinerzeit viel besprochenen schrecklichen Grubenunglücks, beschloßen, daß nach ordnungsmäßiger 14 tägiger Kündung am 24. Februar auf allen Gruben jenes Bezirke die Arbeit eingestellt werden soll, wenn die vorgemachte Maßregelung von Bergleuten bis dahin nicht rückgängig gemacht worden ist.

Das internationale Schuhmacher-Secretariat erläßt an die Schuhmacher-Organisationen aller Länder folgenden Aufruf:

Gemäß der Aufgabe, die uns vom internationalen Schuhmachercongreß 1893 in Zürich überbunden wurde, laden wir Sie ein, auf nachstehende Fragen gefl. Antwort, Bericht und eventuell Anträge sobald als möglich einzujenden:

1. Wünscht die Organisation der Schuhmacher Ihres Landes, resp. wünscht die Central- oder Localvorstände auf das Jahr 1896 einen internationalen Schuhmachercongreß? Im Falle der Bejahung: Soll derselbe in Verbindung mit dem internationalen Socialistencongreß in London oder anderwärts stattfinden?

2. Wenn beides nicht der Fall: Wünscht Sie den Fortbestand des internationalen Schuhmacher-Secretariats oder Aufhebung desselben?

3. Länder, die sich bis dato nicht angeschlossen haben, sind ersucht, gefl. mitzutheilen, welche Gründe sie deswegen, eine Sonderstellung einzunehmen, eventuell zu berichten, ob sie geneigt sind, sich dem Secretariat anzuschließen. Weiter sind die betreffenden Länder ersucht, Aufschlüsse über den Stand der Organisation, der Fachpresse etc. mitzutheilen.

Im Interesse der Schuhmacher aller Länder wird hiermit jede Nation ersucht, in Folge ihrer Pflicht zu thun, damit wir in Stande sind, weiter zu arbeiten.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Zürich, den 1. Februar 1896

Mit collegialischem Gruß

Für die Secretariats-Commission:

Der Secretär: R. Regel.

Stadt-Theater.
Sonnabend:
„Gegensohn“.
Sonntag Nachmittags:
„Die Genußerachtelraum“.
Abends:
„Garmen“.

Lobs-Theater.
Sonnabend:
„Kaffee“ (Nixon).
Dienstag:
„Die Romantischen“.
Sonntag Nachmittags:
„Comte Gaudet“.
Abends:
„Kaffee“.
Dienstag:
„Die Romantischen“.

Victoria-Theater.
(Sonnabend-Saal).
Budapester
Pommes-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr.
Der Vorstellung 7 1/2.

„Harmonie“.
Nicolaisstraße 27.
Singsaal:
Große Sänger-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Gebr. Reesler's Brauerei.
Tägliche
Küchle-Vorstellung
Wochentags Entree 20 Pf.
Sonntags Entree 25 Pf.
Kinder 10 Pf. 3609
Haus und in Reichthum gültig.

Coffee
Tägliche frisch nach neuestem neuen
wahrhaft genialen Mischtem D.R.P.
Nr. 78044 und 78812 geröstet mit
frischem Aroma und angenehmen
Sobligeschmack!
Süßmilch-Café gebr. n. 20 Pf. 1.60
Süßer Melange „ „ 1.70
Caféblender „ „ 1.80
Jeden Donnerstags:

Proben-Coffee
geschmeckt der Pfund Mk. 1.40.
Es liegt im Interesse jeden Fein-
schmeckers sich von der Verhältnißkeit
unserer Proben-Coffees durch einen
Versuch zu überzeugen!

Thee
von directem Import.
Als besonders vornehmlich u. vor-
zuziehend kein empfehlen wir:
F. Sankung n. 20 Pf. 2. - bis 2.40
n. 3. - „ 4. - „ 5. - „
Jeden Freitag

Reste-Thee
(Blätter, nicht Standthee.)
der Pfund Mk. 2.40.
Versand nach Auswärts bei 8 Pf.
franco.

Teichmann & Co.
Kaiser-Wilhelm-Str. 10.
Kaiser-Wilhelm-Str. 10.
Kaiser-Wilhelm-Str. 10.

Arac Rum Cognac
ist importirt von großem ansehn.
ff. Punsch u. Glühwein-Trakte
Sauer, Jura, Sekt, etc.
Sauer, Jura, Sekt, etc.
Sauer, Jura, Sekt, etc.

ff. Vanille-Chocolade
Chocolade Hauswaldt
Chocolade Sarotti
Chocolade Hildebrand & Sohn
Chocolade Souhard Nachbater

Hermann Seldt
BEE-LAU, Ring 2,
Telephon Nr. 4
Berlinerstr. 3a
Berlinerstr. 3a

Sprechstunden
Bm. 9-12 Uhr, Nachm. 4-8 Uhr.
Krankenkassen
Krankenkassen
Krankenkassen

Künstliche Zähne
wie ganze Gebisse (auch ohne
Gaumenplatte). Plomben. Teil-
zahlung dem Schmerzlose Zahn-
Operation. Reparatur werden
in kurzer Zeit angefertigt.
W. Dreger, Mathiasstr. 98 II.
(neue Hausnummer 4)
gegenüber der Oberthorwache.

Gelegenheitsgedichte
verfertigt gebiegen und billig
F. Hampel, Odestr. 13 a.
Neue 589

Stempeln, Siegel, Schablonen
Hübner, Breslau, Felsenmarkt 97, Ecke Ring.
Medaillen u. Platten 50 Pf. Mehr große
Arbeitslohn-Monats 1.50 Pf. an.

Rohtabake
Allerbilligste Seignette, 2 &
Pfalzer, pr. 1, Ko. 68, 75, 80, 85 Pf.
Brasil und Felix, unblatireich:
Jose Böhner, a 1/2, Ko. 55 Pf., gebett:
190, 100, 135, 140, 150, 160 Pf.,
letzter vier Sorten Umblatir u. Decke
Eckermärcker, 73 u. 80 a
1/2 Ko.
Domingo, 90, 100 u. 110 Pf.
Carmen, riesengroßes gutes Blatt,
130 Pf., dann noch 110, 115 und
120 a 1/2 Ko.

Albert Kramolowsky
Breslau, Ring 50, Ecke Odestr.,
Zigarettenfabr., Cigarren u. Kasubak

Julius Philipp's
Barbier, Friseur und Haar-
schneide-Cabinet am Markt 10
eine ordnungsgemäße
Friedrich-Wilhelmstr. 51.
Bismarck-Str. 10

Cacao
Sauer, Jura, Sekt, etc.
Sauer, Jura, Sekt, etc.
Sauer, Jura, Sekt, etc.

B. Pohl
Neumarkt 16,
Ring 20, Berbersseite,
Schneidestr. 42, Altkönig.

Weisswaaren. 6281
Specialität:
Gardinen und Stores.
Die Auswahl unserer Gardinen ist überraschend gross und führen wir von der einfachsten Entree-Gardine bis zum vornehmsten Store nur die besten Qualitäten.
HENEL'S Combinations-Gardine
in weiss oder cremefarben.
Dieselbe vereinigt Lambrequin mit zwei Gardinenflügeln und passt auch in der Grösse fast für alle Fenster des leichten Arrangements wegen.
155/300 cm Fenster 2.25, 155/320 cm Fenster 5.25 Mk.
Weisse und cremefarbene Gardinen und Stores
an drei Seiten sauber gebogen und mit Band eingefasst, das Paar von 2 Mk. an.
Tüll-Lambrequins
von 0.50 Mk. an.
Weisse und cremefarbene fertige Zugvorhänge. Rouleaux zum Aufrollen. Raff-Rouleaux. Vitrages, handbedruckte Gardinen (waschecht), Lambrequins, Bettedecken, Rouleaux-Spitzen etc.
Gardinen-Spanner, Stangen-Halter, Rosetten etc.
Neuheiten in **Congress-Stoffen**
in weiss, crème oder buntfarbig, geeignet für Gardinen, Stores, Vitrages, Schutz- und Bett-Decken, Schürzen, sowie für anzubringende Stickereien. Reich illustrierte Preislisten auf Wunsch an Jedermann bereitwilligst und kostenfrei.
Julius Henel vorm. C. Fuchs
kais., kgl., kgl.-prel. und fürstl. Hoflieferant.
Breslau, Am Rathhause 24-27.

Wilhelm Schwarz's Rechte Hamburger Hosen,
jezt Carlsplass u. Ohle-Edt.
Das berühmte Specialgeschäft für verantwortlicher Arbeiter, fassen es gross und es detail, früher am Neumarkt Nr. 1 befindet sich jetzt nur:
Carlsplass und Ohle-Edt
vis-à-vis der Städtischen Sparkasse.
Wilhelm Schwarz.

Riesen-Ausverkauf
Herren-Knaben-Garderobe
wegen Neubau unseres Geschäftshauses
Pariser & Strassner
Ring 37
zu allseitig billigen und streng festen Preisen.

Confirmanden-Anzüge. **Schul-Anzüge.**
Herren-Anzüge, Paletots
in nur bestem Stoffe und Schnitt.
Mäntel, Havelocks.

Knaben-Anzüge. **Knaben-Paletots.**
Einzelne Beinkleider.
Haus- u. Bureau-Jaquettes.
Für die Haltbarkeit leisten wir nach wie vor volle Garantie.

Oeffentliche Versammlung
aller an Holzbearbeitungs-Maschinen
beschäftigten Arbeiter,
Sonntag, den 16. Februar cr., Vormittags 11 Uhr
im Etablissement „Kaiser-Burg“, Adlerstraße 10.
Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Referent: Herr Arthur Bergmann.
2. Diskussion. 3. Gründung einer Organisation für obengenannte Branche. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Collegen, recht pünktlich erscheinen.
624 Der Einberufer

Gesangverein „Bildungskranz“.
Sonntag, den 16. Februar, Nachm. 4 Uhr
im „Merkur“, Schuhbrücke:
General-Versammlung
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
638 Der Vorstand.

An die sociald. Frauen Breslau's
Sonntag, den 16. Februar
von Nachmittags 4 Uhr ab:
Geselliges Beisammensein
in Kornemann's Etablissement, Gräbischenerstr. 11
(Haltestelle der elektrischen Bahn).
Um recht zahlreiche Betheiligung der Genossen und Genossinnen ersuchen
Die weiblichen Vertrauenspersonen.

Kornemann's Etablissement,
Gräbischenerstraße 116.
Heute Sonnabend, den 15. Februar 1896
Großes Fastnachts-Abendbrot
nebst Bockfest u. musikalischer Abendunterhaltung
wozu ergebenst einladet
D. O.
—♦♦ Schoppen und Bier im Lokal. ♦♦—

Wanzek's Etablissement (früher Olatske),
Gräbischenerstraße 74, Haltestelle der Elektrischen Straßenbahn.
Montag, den 17. Februar 1896:
Stiftungs-Fest
der Zählstelle Breslau des Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider (C. S. Braunschweig) geleitet durch ein
TANZ-KRÄNZCHEN.
Eintrittskarten: Herr incl. Dame 60 Pf., einzelne Dame 25 Pf. sind zu haben beim Bevollmächtigten H. Schelske, Hummerstr. 24, 4. Etage; im Vereinslocal Jänzen Brauerei, Kupferstr. 21 (rother Löwe) und beim Fest-Comité.
Anfang 7 Uhr. Das Fest-Comité.

„Tivoli“, Neudorf-Strasse 35.
Sonnabend, den 22. Februar 1896:
Großes Tanzkränzchen
zum Beiten des Invalidenfond. Beauftragt von der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands. (Zählstelle Breslau). Während der Tanzpausen Gesangs-Aufführungen. Entree: Herr incl. Dame 50 Pf., Dame allein 25 Pf. An der Kasse Herr: incl. 60 Pf., Dame allein 30 Pf. Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. Das Comité.

Neu eröffnet. Etablissement I. Ranges!
Sämtliche Zuthaten und Hilfsmittel. Futterstoffe zur Damenschneiderei. Einzelvorhang zu Grossisten-Preisen. Für Schneiderinnen besondere Vortheile. Rabattbücher gratis.
Posamentier-Waaren-Consum
Schlesisches Kaufhaus
Inh.: E. Bial, 6. Adalbertstrasse 6.
Reich sortirtes LAGER.
Tägl. Eingang von Neuheiten.

Erste Breslauer Stiefel- u. Schuh-Besohl-Anstalt
53 Altbücherstraße 53,
besorgt und reparirt sämtliches Stiefel- und Schuhwerk mit zur gut gegerbtem Leder 15 bis 20% billiger als jed. Concurrenz. Jede Arbeit wird in kürzester Zeit gut und billig ausgeführt.

Erste Breslauer Stiefel- u. Schuh-Besohl-Anstalt
Für Baugehäfte: Rechen, Radwerk, Karren, Sieb, Mäler u. Steige. Für Bäder: Wurzel- und Strohleitern etc. Außerdem großes Lager von Stühlergeräthen und Korbwaren, Haus- und Küchengeräthen, Sade- und Sigwannen, Fleischermäulern, empfiehlt zu vortheilhaften Preisen.
E. Rother, Neumarkt No. 26
und alleinstehende Seite 322.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Sitzung vom 14. Februar 1896. — 1 Uhr. Die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Bei dem Kapitel „Gesandtschaften und Consulate“, speciell bei der Gesandtschaft in Athen, theilt der Referent Abg. Prinz Arndt (Centr.) mit, daß der Staatssekretär von Marschall in der Budgetcommission erklärt habe, die Ansprüche der deutschen Gläubiger an Griechenland nach Kräften unterstützen zu wollen.

Abg. Schmidt, Warburg (Ctr.) spricht dem Staatssekretär für seine Bereitwilligkeit den Dank aus. Griechenland behandelte die Gläubiger in einer Weise, die das erlaubte Maß überschreite. Ich habe in Athen voriges Jahr die Flotte sehr gut gefallen, vielleicht machte die Flotte in Griechenland einmal ein Manöver.

Staatssekretär von Marschall wiederholt seine Bereitwilligkeit, den Gläubigern seine Unterstützung zu leisten. Beim Titel „Gesandtschaft in Wien“ bringt Abg. Bebel (Soz.) die Thatsache zur Sprache, daß der deutsche Gesandte am Wiener Hofe im vorigen Sommer trotz wichtiger Erregnisse, wie die Ermordung Stambulows etc., so lange vom Wiener Hofe abwesend war. Der Herr wäre nun nicht etwa krank gewesen, sondern hätte eine Spazierfahrt auf einem Vergnügungsdampfer in der Nordsee gemacht.

Staatssekretär von Marschall: Darüber, wie Beamte in Diensten des Auswärtigen Amtes oder anderwärts dienstlich zu verhalten sind, darüber steht allein dem Kaiser und dem Reichskanzler die Entscheidung zu. Ich weise den Angriff des Abg. Bebel als völlig unberechtigt zurück, da stets für ausreichende Vertretung Sorge wird.

Abg. Richter (freif. Sp.): So unberechtigt kann ich die Kritik nicht finden. Herr von Marschall hat die Person des Kaisers unberechtigter Weise in die Debatte gezogen, der Herr Reichskanzler und er sind für die Beamten des Auswärtigen Amtes parlamentarisch verantwortlich. Kann ein Botschafter so lange von einem Posten fortbleiben und kann ein anderer ihn vertreten, so beweist das, daß die Stellung eines Botschafters mehr repräsentativer Natur ist. Der ganze Vorfall ist geeignet, das Ansehen der ganzen Institution sehr in ihrem Werthe herabzumindern.

Staatssekretär von Marschall erklärt noch einmal, die Verantwortung für die Abwesenheit des Botschafters zu übernehmen.

Abg. v. Stumm (Sp.): Ich will das Recht der Kritik dem Abg. Bebel nicht bestreiten, aber seine Kritik beweist, daß er von den einschlägigen Verhältnissen keine Ahnung hat. Vielleicht war die Anwesenheit des Botschafters in der Nordsee wichtiger, als seine Anwesenheit in Wien, weil er seine Funktionen dort vom Staatsoberhaupt selbst erhalten konnte. (Lachen links.)

Abg. Bebel (Social.): Ich war zu meiner Kritik berechtigt und habe mit keinem Worte die Grenze, die mir als Abgeordneter gezogen ist, überschritten. Wir drücken hier unsere Wünsche und Ansichten aus und üben Kritik, damit solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen. Ich bitte Sie, das Gehalt des Botschafters abzulehnen. (Lachen heiter.)

Staatssekretär von Marschall: Ich lehne es ab, auf diese Frage hier weiter einzugehen. Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel „Consul in Amsterdam“ regt Abg. Jepsen (natl.) die Frage der Revision der Schiffsgebühren an.

Abg. Rath Reichardt erklärt seine Bereitwilligkeit, die Frage in Erwägung zu ziehen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso nach unwesentlicher Debatte das Ordinarium und das Extraordinarium des Etats des Auswärtigen Amtes.

Es folgt der Etat für die Verwaltung des Reichs-Seceres.

Beim Titel „Kriegsminister“ erwidert Kriegsminister Bronsart von Schellendorf auf eine Frage des Abg. Büchtemann (natl.), potentiell die zugelegte Erwägung über eine anderweitige Regelung der Rang- und Pensionsverhältnisse der Militärkapellmeister gebieten sein, daß die Militärverwaltung die Nothwendigkeit einer Verbesserung anerkenne. Die Erhebungen

seien noch nicht abgeschlossen. Einer Gehaltserhöhung ständen bisher noch finanzielle Bedenken entgegen.

Abg. Weis (freif. Volksp.) hebt sein Bedenken darüber hervor, daß der württembergische Erlaß über den Einjährigfreiwilligen-Dienst der Volkshullehrer in wesentlichen Punkten von dem preussischen abweiche. Redner fragt an, ob nicht auch den vermögenslosen Lehrern dieselben Vortheile beim Einjährigfreiwilligen-Dienste verschafft werden könnten, wie den Vermögenden. Bei dem preussischen Erlaß habe es in bezug auf den großen Bedauern erregt, daß in ihm solcher Nachdruck auf den Vermögensnachweis gelegt werde.

Minister v. Büchtemann: Der Reichskanzler hat den preussischen Lehrern das Einjährigfreiwilligenrecht verliehen. Ich habe den außerpreussischen Regierungen hierüber Mittheilung gemacht, und es ist zu erwarten, daß auch den außerpreussischen Seminarien diese Berechtigung verliehen wird, dann wird ja wohl die liebe Seele Ruhe haben. (Heiterkeit.) Auf eine principielle Erörterung des Einjährigfreiwilligenrechts und des dazu erforderlichen Vermögensnachweises will ich mich hier nicht einlassen.

Abg. Dr. Hamacher (natl.) befragt eine Erhöhung der Gehälter der Lehrer an den Unteroffiziersvorschulen und ihre Gleichstellung mit den Lehrern an den Kadettenanstalten.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Wir waren hierzu bereit; unser Verlangen ist aber am Widerstand des Reichschatzsekretärs gescheitert.

Abg. Passermann (natl.) bemängelt die Kasernenverhältnisse in Mannheim, für die auch in diesem Jahre keine Abhilfe vorgezogen sei, obwohl sich die Kasernen Mannheims in einem geradezu verwerflichen Zustande befinden.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf ist dem Redner für seine Anregung dankbar. Die bisherigen Schwierigkeiten wegen eines geeigneten Bauplatzes seien jetzt überwunden; er hoffe in dem nächsten Etat die erste Rate einstellen zu können.

Abg. Bebel (Soz.): Es ist eine Neuheit, daß die Militärverwaltung aus der Mitte des Reichstages von einem liberalen Abgeordneten geradezu gedrängt wird zu neuen Kasernenbauten. Der Budgetcommission ist es mit großer Mühe gelungen, die Ansprüche der Militärverwaltung niederzuhalten, die schon jetzt für die nächsten 10 Jahre sich auf 200 Millionen Mark für Kasernenbauten belaufen. Ich begrüße die Treue der Regierung des Herrn Kriegsministers, wenn es ihm so durch einen liberalen Abgeordneten leicht gemacht wird, mit neuen Anforderungen an den Reichstag zu kommen. Bisher ist uns, wenn wir bei diesem Etat regelmäßig verschiedene Mißstände in der Armeeverwaltung zur Sprache bringen, immer gesagt worden, alles, was wir hier vorbringen, geschähe nicht im Interesse der Armee, sondern um Unzufriedenheit zu erregen und den Umsturz des Bestehenden zu fördern. Das kann mich natürlich absolut nicht abhalten, das zu thun, was meine Pflicht und Schuldigkeit ist. Und die Wirkung unserer Kritik läßt sich gar nicht in Abrede stellen. Obwohl die Antworten vom Ministerialrathe sehr ablehnend klingen, gehen unsere Angriffe und Beschwerden doch nicht so spurlos vorüber, als es äußerlich den Anschein hat. So hat die Militärverwaltung kürzlich im „Militär-Wochenbl.“ die erfreuliche Mittheilung gemacht, daß die Zahl der Selbstmorde in der Armee zurückgegangen sei. Die Verminderung steht meines Erachtens in sehr wesentlichem Zusammenhange mit der Abnahme der schweren Mißstände in der Armeeverwaltung. Die fortgesetzten Anregungen von oberster Stelle und vom Kriegsminister, die scharfen Anweisungen, die erlassen worden sind, scheinen im Laufe der Jahre doch großen Erfolg errungen zu haben, ein Resultat, mit dem wir zufrieden sind. Es macht mir wirklich kein besonderes Vergnügen, diese Dinge hier regelmäßig vorzubringen, aber der Reichstag ist die einzige Stelle hierfür. Bei unserer Pressfreiheit scheuen sich die Blätter der verschiedensten Richtung Mittheilungen von Militärmißhandlungen zu bringen, die ihnen zugehen, weil sie, falls die Militärverwaltung klagt, den juristischen Beweis für die Richtigkeit schwer erbringen können. Zunächst muß ich nochmals auf den Fall des Majors Schulze-Klosterfeld in Hamburg zurückkommen, der bei einem Rencontre mit einem Civilisten auf der Dampfbahn diesen mit seinem Degen verwundete. Ich brachte die Sache im Reichstag seiner Zeit zur Sprache und sagte, daß der Offizier die Schuld trage. Der Kriegsminister stellte die Sache demgegenüber so dar, als sei das Umgekehrte richtig, als trage der Civilist die Schuld, dem der Offizier wegen seines ungebührlichen Verhaltens nur „einen Denkzettel“ gegeben“ hatte. Wenige Wochen nach diesen

Reichstagsdebatten brachten die Zeitungen die Nachricht, daß das Kriegsgericht dem Major zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt habe, eine Strafe, die auf dem Gnadenwege später in Festungshaft umgewandelt wurde. Demnach habe ich in der Hauptsache Recht gehabt, denn sonst wäre das Urtheil des Kriegsgerichtes unbefriedigend. Je mehr man sich bemüht, dem Militär eine exceptionnelle Stellung, die eines Staates im Staate, anzuweisen und das Offiziercorps als die erste aller Gesellschaftsklassen hinzustellen, um so mehr hat das Offiziercorps Ursache, alles zu unterlassen, was es in den Augen der öffentlichen Meinung discreditirt. Derartige discreditirende Fälle sind aber auch in diesem Jahre vereinzelt vorgekommen. Redner schildert einen Fall, der sich am 13. Januar in der mecklenburgischen Stadt Güstrow zugetragen hat. Ein stark angelegter Leutnant suchte dort mit seinem Säbel in einem Menschenhaufen herum, zerschritt einigen die Kleider, bis ihm der Säbel von einem sogenannten Schleiwadler (Vollzister), auf den er auch losgehen wollte, entwunden und abgenommen wurde. Erst auf der Hauptwache erhielt er die Waffe zurück. Einem Tischler, dem er die Kleider zerrissen, zahlte er 6 Mk. Entschädigung. Was ihm weiter passiert ist, weiß ich nicht. Ein besonders schlimmer Ausbruch ist die Zunahme der Duelle. Duelle werden als Vergeltung bestreift und doch verheerend sie sich in den Kreisen, die sich auf ihre Wahrung der Ehre, Ordnung, Religion und Sitte besonders viel zu Gute thun. Die Ursache der Duellvermehrung liegt zum großen Theile darin, daß die Duellanten fast ohne Ausnahme begnadigt werden. Dadurch wird der Glaube erweckt, daß das Duell an sich eine lobenswerthe, ehrenvolle Handlung sei. Um so bemerkenswerther ist es, daß Personen, die selbst auf Begnadigung rechnen, wenn sie sich duelliren, diese Begnadigung in anderen gearteten Fällen zu verhindern trachten, wenn es sich um gemeine Soldaten handelt. Am 8. November v. J. wurden in St. Johann bei Saarbrücken 64 Reservisten wegen Zuspätkommens oder Fehlen bei der Herbstcontroloersammlung zu drei Tagen Haft von der Militärverwaltung verurtheilt. Mitte Januar ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß am 18. Januar 14. Januar eschießen die vormaligen Reservisten plötzlich von der Militärverwaltung die Aufforderung, sich zur Verbüßung ihrer Strafe einzufinden. Eine große Anzahl von ihnen verbüßte sie auch thatsächlich, nur ein kleiner Theil wurde durch die Amnestie von der Strafe befreit. Die Leute hatten den Eindruck, als habe die Nachricht von der kommenden Amnestie, nachdem man sie sehr Wochen lang in Ruhe gelassen, der raschen Strafvolzug herbeigeführt. Als einer der Beurtheilten um einen vierzehntägigen Strafausschuss bat, weil seine Frau niederkam, lehnte es der Adjutant mit den Worten ab: Sie haben auf die Behörde keine Rücksicht genommen, als Sie zu spät kamen; jetzt nimmt die Behörde auf Sie keine Rücksicht. Dieses Fortnehmen einer zugebundenen Wohlthat muß bitteren Geshalt erwecken. Ein besonders tristes Duell hat sich Zeitungsnachrichten zufolge in Frankfurt a. M. abgespielt. Dort fand ein Zweikampf zwischen einem Constatioralrath und Offizier der Reserve und einem Gerichtsassessor statt, also zwei Personen, die ihrer amtlichen Stellung nach verpflichtet waren, sich unter keinen Umständen zu duelliren. Was soll man von einem Richter erwarten, der sich duellirt und später vielleicht selber über einen Duellanten zu Gericht sitzen muß? Zu seiner Unparteilichkeit und Objectivität kann man dann kein Vertrauen haben. Und was soll man zu dem Geistlichen sagen, diesem Prediger der christlichen Liebe? Freilich Pastor Schaaf rechtfertigt ja das Duell. (Heiter.) Ich erinnere an das Duell zwischen dem Rittmeister von Roke und einem andern Hofbeamten. Beide Herren stammen aus Kreisen, in denen man beinahe sportmäßig für evangelische Kirchenbauten sammelt. Scharfer wie hier Sittlichkeit und Religiosität mit Füßen getreten wird, kann es gar nicht geschehen. Und was für wichtige Gründe sind nicht oft Anlaß zu einem Duell. Ein unvorsichtiger Mann geht gegen zwei ernste Männer in den Kampf um Leben und Tod. Bei einem Duell zwischen einem Referendarentenant Engler und einem anderen Herrn war gar der Hund des Referendarentnants die Veranlassung! Man weiß wirklich nicht, was man von unsern geistlichen und gebildeten Klassen sagen soll! Da berührt es wunderbar, daß in der Ordensliste zu lesen ist, Mayer, Premierlieutenant der Landwehr und Landgerichtsrath. Seit wann ist es denn Sitte, den bürgerlichen Beruf dem militärischen Range unterzuordnen? In anderen Culturstaaten wäre so etwas nicht möglich, daß z. B.

Breslauer Spaziergänge.

Es ist also gar nicht mehr daran zu zweifeln, daß wir armen Deutschen wieder eine ganze Anzahl neuer „Kreuzer“ beschaffen müssen, wenn unser geliebtes Vaterland nicht bei bester Gelegenheit seine viel bewunderte und beneidete Großmachtstellung einbüßen will. Das beweisen dem in diesen Dingen immer begriffschwerer werdenden deutschen Michel unsere Officiellen und Officiösen Tag für Tag mit unwiderstehlich logischen und triftigen Gründen. Daß diese neuen Kreuzer viele Pfennige kosten werden, darüber giebt es keinen Streit und es handelt sich nur noch darum, festzustellen, wie viele Pfennige oder besser: wie viel hundert Millionen Mark die Geschichte kosten wird und besonders darum, wer den Spas denn diesmal bezahlen soll.

Die meisten „Freunde der bestehenden Ordnung“ sind freilich in ihrem Innern längst einig über die Erledigung dieser Frage. Es erscheint ihnen ganz in der Ordnung, daß diejenigen, die bisher gezahlt haben, nun auch weiter zahlen, d. h. also, daß die große Masse des Volkes, die bisher für all ihre Lebensbedürfnisse jährlich viele hundert Millionen Mark an indirekten Steuern entrichtete, in dieser löblichen Thätigkeit durch das gelegentliche stärkere Anziehen der Steuerstränge nach Kräften gefördert werde. Freilich wird diese Masse der „gewöhnlichen Steuerzahler“ immer widerhaartiger und hochbeiniger, wenn es heißt, daß wieder einmal mehr gezahlt werden muß. Da gilt es denn, da die Plebs in Folge des leider immer noch bestehenden Reichstagswahlrechts politisch sehr ins Gewicht fällt, bei den in Aussicht stehenden neuen Militär- und Marinevorlagen so zu thun, als ob man sehrig bemüht sei, diesmal die Schultern der wirtschaftlich Schwachen vor dem Tragen neuer Lasten zu bewahren. Ist erst die neue Vorlage unter Dach und Fach, also im Reichstage angenommen, so wird das Uebrige sich schon finden. d. h. Michel wird wieder am Geldbeutel gepackt und muß zahlen — bis zur nächsten Militärvorlage hat der dumme Kerl längst wieder vergessen, wie es gemacht wurde.

Das hübsche Vergnügen, das man z. B. 1893 getrieben, wird denn auch eben jetzt wieder geübt. Die Flottenchwärmer denken nicht im Traume daran, daß „das arme Volk“ dies-

mal bezahlen soll, bewahre, jetzt kommen mal die Reichen heran. Und es haben sich sogar schon Leute gefunden, die in heller Begeisterung von freiwilligen Sammlungen zum Besten eines Flottenfonds reden und gern bereit sind, milde Gaben für diesen hochpatriotischen Zweck entgegen zu nehmen.

Die Sache wäre gar nicht so übel, wenn man sie nur richtig anfassen wollte. Da melden in diesen Tagen die Zeitungen, daß es in Preußen in diesem Jahre neun Personen giebt, die ein Jahreseinkommen von über zwei Millionen Mark versteuern. Das höchste Einkommen hat natürlich wieder der Kanonikönig Krupp in Essen, der im laufenden Jahre die Kleinigkeit von ungefähr 7 1/2 Millionen Mark vereinnahmt. Ihm folgt Herr Rothschild in Frankfurt a. M. der allerdings „nur“ 6 1/2 Millionen jährlich zu verzehren hat und so geht es herunter bis auf etwas über 2 Millionen Mark, mit welchen sich der arme König Stumm durch das Jahr schlagen muß. Im Ganzen haben die neun Leuten ein Jahreseinkommen von reichlich 31 Millionen Mark. Bedeutend schlechter geht es den 13 Personen in Preußen, welche sich in diesem Jahre mit einem Einkommen von 1 bis 2 Millionen durchbringen müssen; sie haben zusammen nur etwas über 19 Millionen Mark Jahreseinkommen.

Zunehmend bringen es die 22 Herren in Preußen, die mehr als eine Million jährlich verzehren können, auf etwa 51 Millionen Mark Gesamteinkommen. Wie wäre es nun, wenn man bei diesen Reichen den Anfang machte, um die für die neue Flotte notwendigen Millionen zusammenzubringen? Ich will gar nicht so unbescheiden sein und erwarten, daß die Herren einmal auf ihr Jahreseinkommen verzichten — obwohl sie am Ende ganz gut einmal ein Jahr lang von den „Ersparnissen“ vorhergehender Jahre leben könnten — nein, ich wollte Jedem noch gern eine halbe Million durchschnittlich belassen zur Bekleidung der „nothwendigsten Bedürfnisse“ und bin überzeugt, daß sie immer noch grade hunderttausend Mal besser leben könnten wie ein Arbeiter mit 500 Mark Jahreseinkommen. Aber die 22 Herren, die doch allesamt ganz vortheilhafte Patrioten sind, würden in diesem Falle nicht weniger als rund 40 Millionen Mark zur besseren Wehrhaftmachung

unserer Marine zur Verfügung stellen können — ein volles Drittel der Summe, die angeblich zunächst für die geplante Vermehrung unserer Schlachtkräfte erforderlich ist. Wäre das nicht ein ganz passabler Anfang?

Und wenn wir nun erwägen, daß es auch außerhalb Preußens, im übrigen Deutschland, eine ganz hübsche Zahl von Leuten giebt, die alljährlich mehr wie eine Million zu verpacken haben und wenn wir weiter erwägen, daß es in Preußen sowohl wie im übrigen Deutschland eine noch viel größere Zahl von Leuten giebt, die sich recht und schlecht mit weniger wie eine Million bis hinab zu lumpigen hunderttausend Mark jährlich durchs Leben schlagen müssen und wenn wir dann annehmen, daß Jeder nur die Hälfte dieses Jahreseinkommens einmal für jenen „hochpatriotischen“ Zweck zur Verfügung stellen werde — ich denke, die Summe, die das ergeben würde, könnte gleich für einige Marinevorlagen und für ein paar Militärvorlagen noch extra ausreichen.

Freilich, so meinen es unsere vom Flottenkoller befallenen Leuten nicht, wenn sie von freiwilligen Opfern der reichen Leute reden. Einer der glühendsten Patrioten, Herr Arnold Focke in Friedebau, schlägt z. B. vor, man solle sich eine bestimmte „Flottensteuer“ freiwillig auferlegen; er selbst lege jährlich zu diesem Zwecke einen Betrag, gleich einem Viertel seiner Staatssteuern, auf die hohe Kante. „Man braucht Focke bloß eine tausend Jahre zu leben, dann bringt er den Krempel überhaupt ganz alleine zusammen,“ meint treffend der berühmte „M“-Kunne. Aber so lange kann natürlich das arme deutsche Reich zu Wasser nicht wehrlos bleiben und wenn sich am Ende auch noch ein paar hundert oder tausend gleichgesinnte Seelen unserer Arnold Focke zugesellen — ein sächsisches patriotisches Blatt hat schon 212 Mark freiwillige Gaben zur Flottenverlängerung beisammen —, so könnte die Geschichte am Ende doch noch ein wenig zu lange dauern. Bleiben wir daher lieber bei dem althergebrachten, erprobten System, indem wir Tabak, Bier, Brauwasser und einige andere „Luxusartikel“ der großen Masse höher besteuern und vielleicht noch ein paar ganz neue, schöne Steuern dazu ausdenken. Miquel wird's schon machen und Michel wird's zahlen — wie immer! I.

Unter den jugendlichen Straffälligen sind ungemein viele der Lehre entlaufene Bäckerlehrlinge. Offenbar müßten gerade diese Lehrlinge in der Lehre viel zu leiden haben. — Dr. med. Zabel verwies auf die Lage der Dinge in England, wo die Aerzte eine Besserung der hygienischen Verhältnisse in den Bäckereien durch unablässigen öffentlichen Hinweis auf die Schäden herbeigeführt haben.

Der Angeklagte wird wegen Bedrohung, Beamtenebeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt mit einer Woche Gefängnis bestraft. Er verläßt den Saal mit den Worten: „Geschäft hätte ich sie doch.“

Locales.

Breslau, den 15. Februar 1896.

Der städtische Verwaltungsbericht.

Nach gesetzlicher Vorschrift muß der Magistrat alljährlich der Stadtverordneten-Versammlung einen Bericht über den Stand der städtischen Verwaltung und die wichtigeren Veränderungen, die sich im letzten Jahre vollzogen haben oder im künftigen Jahre bevorstehen, erstatten. Seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Oberbürgermeisters hat dieser stets persönlich den Bericht gegeben, in der letzten Sitzung ließ er sich jedoch durch den Stadtkämmerer Körte vertreten. Die Mitteilungen des Herrn Körte unterschieden sich von den früheren dadurch, daß gewisse Fragen, denen die Bevölkerung besonders großes Interesse entgegenbringt, gänzlich mit Stillschweigen übergangen worden sind. Von der Markthallenfrage sprach der Redner kein Wort. Diese Angelegenheit ist allerdings seiner Zeit auf fünf Jahre von der Tagesordnung abgesetzt worden. Inzwischen ist indes die Wartezeit zum größeren Theile verstrichen, und der Zeitpunkt naht, an welchem die Entscheidung über die Errichtung von städtischen Markthallen aufs neue fällig wird. Soll die für die Ernährung der Einwohnerschaft so schwer wiegende Frage nicht gänzlich der Versumpfung verfallen, so wird man nicht abwarten dürfen, bis der fünfjährige Zeitraum völlig abgelaufen ist, sondern man wird — und dies ist ja auch der Sinn des gefaßten Beschlusses — die gewonnene Zeit zur Ueberlegung und Berathung der vorliegenden Projecte nutzen müssen, damit unmittelbar nach Ablauf der fünf Jahre die kostspieligen Grundstücke, die man angekauft hat, ihre Verwendung für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln finden können. Geschieht dies nicht, so geht später das alte Spiel von Frischem ins Neue wieder nicht fröhlich werden und die Sache vertagen, für welche bereits so große Ausgaben geleistet worden sind. Daß mit dem Ankauf der Grundstücke vor dem Oberthor ein arger Fehler begangen worden ist, wird heute von allen Seiten zugegeben, mit der Vertiefung und Verschleppung der Frage wird dieser Fehler jedoch nur vergrößert.

Ebenso wenig sprach Herr Körte von der Hafenfrage, von der man doch, wenn sie auch nicht vom Fleck rückt, wenigstens hin und wieder etwas hören möchte. Herr Bender ließ noch in eben seiner Verwaltungsberichte einige hoffnungsvolle Andeutungen über den künftigen Oberhafen einfließen, die sich allerdings später niemals bestätigen wollten. Immerhin freute man sich, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß die Akten über den Hafen noch nicht weggelegt sind. Wenn jetzt die Sitte einreißt, den Hafen in dem Verwaltungsbericht nicht einmal mehr zu erwähnen, so verschwindet die ganze Geschichte schließlich aus dem Gedächtniß der Aemter, und der Hafen geht der Vergessenheit entgegen, bevor noch der erste Spatenstich zu seiner Errichtung gethan worden ist. Desto eifriger äußerte sich der Kämmerer über die städtischen Steuern, die ja dem Herzen des Breslauer Finanzministers besonders nahe stehen. Herr Körte trat bei Berührung des Communalabgabengesetzes mit anerkennendem Freimuth den Forderungen der Grundbesitzer entgegen, die sich gegen die Uebernahme aller ihnen zugeordneten Lasten sträubten. Leider ist von der damaligen Kampfstimmung nicht mehr viel vorhanden. Am Donnerstag war der Herr Kämmerer voller Rücksicht für die nothleidenden Hausbesitzer, deren schwierige Lage er anerkannte, und die daher von neuen Lasten verschont werden sollen. Das ist Wasser auf die Mühle des Grundbesitzervereins, der nun sein Klagegeld tüßelig weiter singen kann und innerlich frohlocken wird, daß es ihm gelungen ist, auch den Magistrat für seine Interessen zu gewinnen. Die Grundbesitzer haben so lange die Stadtbehörden angegriffen, bis wirklich ein Theil des Publikums glaubt, daß ihnen durch die Reform der Communalabgaben irgend ein Unrecht geschehen sei. In Wahrheit aber haben die Grundbesitzer fast gar keinen Beitrag zu den höheren Ausgaben geleistet. Die einzige neue Last, die in Breslau eingeführt worden ist, besteht in der Canalgebühr, und diese ist so geringfügig, daß sie kaum fühlbar ist, und sie trifft auch nur solche Besitzer, deren Hausgrundstücke an die städtische Canalisation angeschlossen sind. Im Uebrigen richtet sich das große Geschrei nicht gegen neue Lasten, sondern es bezweckt die Erringung neuer Vortheile, die Befreiung von Ausgaben, die seit Jahrzehnten von den Hausbesitzern getragen worden sind. Die Gebäudesteuer ist im vorigen Jahre nicht erhöht, sondern sogar ermäßigt worden; der Wasserzins besteht unverändert seit langer Zeit, und wenn die Grundbesitzer wegen dieser beiden Abgaben Prozesse gegen die Stadt angestrengt haben, so suchen sie sich auf Kosten der anderen Steuerzahler zu bereichern und den Werth ihrer Häuser urgebühlich heraufzuschrauben. Daß dieser Versuch des Mitleids der städtischen Verwaltung würdig sei, wird außerhalb der interessirten Kreise niemand glauben und wäre nicht unglückliche Weise der größte Theil der Stadtväter Hausbesitzer, so hätten die Herren ihr Untergehen wohl selbst als aussichtslos angesehen.

Herr Kämmerer Körte schilderte die gegenwärtige Finanzlage im rothen Lichte, wiewohl er eine starke Erhöhung der Einkommensteuer empfahl. Nun ist es nicht gerade ein großes Finanzkunststück, Ueberstände zu erzielen, wenn man die Steuern hinaufschraubt. Entschiedenem Widerspruch muß aber gegen die Art der geplanten Steuererhöhung erhoben werden. Es ist auch hier ein altes Spiel, das wiederum getrieben werden soll. Die Stadt braucht Geld, sie müßte also die Personal- und die Realsteuern steigern; von der Erhöhung der letzteren will man jedoch nichts wissen, weil

die Grundbesitzer zu viel Geschrei machen. Deshalb sollen die directen Steuerzahler, die nicht organisiert sind und nur an den Vierteln harmlos räsonniren, allein herhalten. Man schlägt mit einer Erhöhung um 11 Procent an, und wenn die Einnahmen dann nächstes Jahr wieder nicht hinreichen, legt man 15 Procent zu, bis schließlich die directen Steuern auf eine schwindelnde Höhe hinaufgeklüffert sind. Die Grundbesitzer, die den Mund so voll nehmen, als ob sie die Stadt alle unterhielten, werden von allen Erhöhungen verschont. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung ist leider für die Steuerzahler nichts Gutes zu erwarten. Die Herren sind noch unter sich und können ohne Widerspruch für die nothleidenden Hausbesitzer auftreten. Hoffentlich wird sich dies aber in nicht mehr langer Zeit gründlich ändern.

Die anderen Punkte, die in dem Bericht hervorgehoben werden, sind an dieser Stelle schon wiederholt besprochen worden.

Mit der städtischen Wahlrechtsreform geht es sehr langsam vorwärts. Vergingen schon einige Wochen, ehe der Antrag Heilberg in der Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung kam, so zeigt es sich jetzt, daß die Sache im Wahl- und Verfassungsausschuß nicht erledigt werden kann, weil gewisse Stadtväter recht wenig Interesse an einer Erweiterung des städtischen Bürgerrechts zu haben scheinen. Die „Bresl. Ztg.“ berichtet nämlich über eine Sitzung des Ausschusses I folgendes:

„Am Mittwoch fand eine Sitzung des Wahl- und Verfassungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Berathung des Antrags Heilberg, betreffend die Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts und der übrigen, diese Frage behandelnden Anträge, stand. Die Beschlüßfassung würde in Rücksicht auf den ungenügenden Besuch der Sitzung verweigert. Insbesondere hatte sich auch Stadtv. Hellerode, der, wie bekannt, einen über den Antrag Heilberg noch hinausgehenden Antrag eingebracht hat, nicht eingefunden. Wie also die Entscheidung des Ausschusses noch in der Schwebe, so waren gleichwohl einige bemerkenswerthe Mitteilungen zu verzeichnen, die für die Entwicklung der Angelegenheit ohne Zweifel von Bedeutung sein werden. Stadtsyndicus Götz stellte fest, daß im Falle der Annahme des Antrags Seyde — der das Bürgerrecht an ein Steuernindestmaß von 6 Mark knüpfen will — 1800 bisher wahlberechtigte Bürger das Wahlrecht verlieren würden. Es ist anzunehmen, daß der Antrag Seyde damit als beseitigt betrachtet werden darf. Ferner wurde vom Magistrat die Erklärung abgegeben, daß er jedem Beschlusse, den die Stadtverordneten-Versammlung in der Bürgerrechtsangelegenheit faßt, seine Zustimmung ertheilen würde.“

Warum hat wohl der größte Theil der Ausschussmitglieder bei Besprechung einer so wichtigen Frage in der Sitzung gefehlt? Waren sie alle krank oder beabsichtigt man nur, die Angelegenheit zu verschleppen, damit auch bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen viele Tausende von Steuerzahlern das städtische Wahlrecht noch nicht besitzen und gewisse wadelige Stadtväter für die nächsten Jahre ihren Sitz behaupten? Bezeichnend vor allem ist, daß auch Herr Hellerode, dieser „große Freund“ der Erweiterung des kommunalen Wahlrechts, an der Ausschussberathung nicht Theil nahm. Das läßt tief blicken!

Ueber die Verhältnisse im Steinmehrgewerbe wird uns geschrieben: Die traurige Lage der Steinmehrer und Berufsgenossen findet noch immer nicht die gebührende Beachtung. Eltern und Vormünder lassen ihre Kinder noch häufig diesen Beruf erlernen, ohne zu bedenken, daß sie ihre Pflichten erfüllen damit der Schwindsucht und einem frühen Tode entgegenführen. Der feine Steinmehl setzt sich in der Lunge fest und hindert deren weitere Entwicklung. Der Lehrling muß auch den von seinen Mitarbeitern erzeugten Staub einathmen; daher kommt es oft, daß der Lehrling schon während seiner Lehrzeit oder kurz nach Beendigung derselben ein Opfer seines Berufes wird. Die unausheilbare Schwindsucht erwartet Jeden, auch den Stärksten. Das Durchschnittsalter der in Breslau im Jahre 1895 gestorbenen Steinmehrer beträgt 31 Jahre 4 Monate, das Durchschnittsalter der Lebenden 29 Jahre. Von ungefähr 50 Steinmehrer sind im Laufe des Jahres 1895 12 gestorben, also 24 Procent, und zwar alle an der Schwindsucht. Eine so hohe Sterblichkeitsziffer ist wohl in keinem anderen Berufe zu finden. — Die wirtschaftliche Lage der hiesigen Steinmehrer ist die denkbar schlechteste; der Verdienst entspricht der schweren Arbeit nicht im Geringsten. Die Arbeitslosigkeit greift immer mehr um sich und höchstens ein Drittel hat das Glück, im Winter zu arbeiten. Der durchschnittliche Jahresverdienst beläuft sich auf 866,75 Mark. Die Krankheitsdauer der Gestorbenen betrug im Durchschnitt 26 Wochen. Diese Zahlen sollten Eltern und Vormünder zu denken geben, ehe sie ihre Söhne und Pflichten erlernenden diesem mörderischen Berufe zuführen.

Fischerreiproceß. Der Proceß der Stadt Breslau gegen den Rittergutsbesitzer F. Hollender auf Besitz betriebs der Anerkennung des alleinigen Rechts der Fischerrei auf der Ober ist dieser Tage vom hiesigen Oberlandesgericht zu Gunsten der Stadt Breslau entschieden worden.

Ueber die Frage der Einführung des Schlachtzwanges für die Stadt Breslau wurde, wie mitgetheilt, in einer sich an die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung anschließenden geheimen Sitzung verhandelt. Die Vorlage des Magistrats wurde nach den Vorarbeiten des Ausschusses genehmigt, mit der Modification, daß die Hausfleischerei ausnahmslos von dem Verkaufszwecken des Statuts an verboten sein soll.

Das Elisabeth-Symposium soll, wie die „Bresl. Zeitung“ mittheilt, verlegt werden. Für den New-

Geriichtliches.

Ein hohes Standesamt muß in den Jahren 1892 und 1893 das zu dem Bezirk Limburg gewesen sein. Allda waltete seines Amtes schlecht und recht Herr August Hering, ein noch sonst viel beschäftigter Mann, der in den Personenstandsverhältnissen seines Bezirks die wildesten Confusionen anrichtete. Dem glücklichen Vater, der freudestrahlend die Geburt seines Erstlings zu Protokoll gab, beklagte er ernst und würdevoll, daß ein theurer Unterwandler das Zeittische gesegnet habe; falkblütig und ohne kleinliche Bedenken gab er Verlobte zusammen; in Folge des Unterlassens der üblichen Fragestellung an dieselben konnte es ihm passieren, daß er schon verheiratete Leute leichten Herzens noch anderweitig zusammentraute. Er ließ die Leute nicht ein, sondern eines mehrfachen Todes sterben, andererseits ließ in seinem Bezirke eine Jugend herum, von der zum Theil das Deutsche Reich amtlich noch gar keine Notiz genommen hat. Wegen dieser verhängnisvollen Verwirrungen wurde Hering seines Amtes entsetzt und außerdem am 9. November 1895 vom Landgericht Limburg wegen fälscher Verurkundung im Amte zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Gericht stellte fest, daß in weit über 50 Fällen Verurkundungen noch vorgenommen werden konnten, wiewohl dies in einer großen Anzahl weiterer Fälle gar nicht mehr möglich war. Zur Verurteilung kam ein Fall herausgehoben: In Nr. 15 des Sterberegisters für 1893 ist der Tod der Anna Maria B. verzeichnet, der angeblich von dem Zeugen Höpfer angemeldet worden ist. Der Zeuge ist aber an dem betreffenden Tage gar nicht zu dem Zwecke auf dem Standesamte gewesen, er hat vielmehr eine Geburt angemeldet. Hering hat sich Notizen auf einen Zettel gemacht und des Sterberegisters zur Eintragung vorgelegt. Als er nun später die nöthigen Eintragungen machen wollte, fehlte der Zettel, und da die Unterschrift im Sterberegister stand, meinte Hering, es werde wohl einer der Verwandten Höpfers gestorben sein. Er bestimmte dazu die B., das war jedoch sehr unvorsichtig, denn dieselbe war schon seit zwei Jahren todt. Die Revision des Angeklagten gegen das Urtheil wurde vom Reichsgericht verworfen.

Die Dritte. Berliner Humor vor Gericht. Wenn man von einem Menschen hört, der etwas ganz Besonderes im Offenen leistet, dann stellt man sich in der Regel einen Mann vor, der, uniersch und von kurzem Aßem, mit rothen Wangen und einem Doppelkinn. Zumeist steht seine Weste etwas offen. Daß aber auch in dieser Beziehung das alte Sprichwort „Der Schein trügt“ häufig Anwendung finden kann, dafür gab der Schneider B. ein lebendiges Beispiel ab. Er war eine Persönlichkeit, von der man zu sagen pflegte: „ein Keil wie ein Hering!“ Aber wann sah man je einen Mann von solcher Leistungsfähigkeit in der Aufnahme von Nahrungsmitteln? Wie er dem Vorsitzenden des Schöffengerichts zu erkennen gab, wollte er in Folge einer Rente zu der großen Ausschreibung gekommen sein, die ihm die Anklage wegen Beleidigung mehrerer Schulleute zugezogen hatte. Da der Angeklagte in seinen Aussagen aber trotz aller Ermahnungen nicht bei der Sache blieb, wurde ihm schließlich das Wort entzogen und der Schankwirth A. herangerufen, welcher folgende Darstellung von dem Sachverhalt gab: „Sehen Sie, meine Herren, der Angeklagte ist in so weit ein ganz juter Mensch und ein hervorragender Jäger, aber er muß wohl mit einem ganz krankhaften Appetit ausgerüstet sein, denn was der verurtheilt kann, da ist's Ende von weg. Er hat bei mir mal eine ganze Schüssel voll sauren Kal in Zeit von eine halbe Stunde nebst drei Schrippen verzehrt und ist dann nach Hause gegangen, um Abendbrot zu essen. Gernach hat er sieben Gläser, Dinger wie ne Faust — Vorzüglicher: Aber ich bitte, Zeuge erzählen Sie uns doch nicht Ueberflüssiges, gut, der Mann kann juchthbar essen. Nun erzählen Sie den Vorfall, der zur Anklage führt. — Zeuge: Mir kurz und gut, er ist in unsere Residenz als der „Konkretierer“ bekannt. Gines Abends sitzt er in meinem Local und läßt den Speisezettel durch, den er anders liest er lieberhaupt nicht. Da kommen drei von seine Bekannten ein, Leute, die seine schwache Seite kennen, nämlich von weiten seinen starken Appetit. Un der Schlichtermeister A., der als Nachbar mit die weiße Schürze kommt, erzählt, det er jochen Knobländer jemaadt hat, welche auszeichnet jerathen wären. Meinen Schneider ließ der Wasser im Mund zusammen. Wie stille man davon wohl essen kann, meente er. „Ja“, sagt der Schlichter, „wenn Sie dreißig Stück schaffen, will ich sie bezahlen.“ „Anjemenommen!“ ruft der Angeklagte gleich und hält ihm die Hand hin. Na, ich bin nu nich für derartige Wetten mit Brauwerstüde, indem sich schon Wänder dabei wat weggeholt hat, ich sage zu dem Schneider, er soll den Unjinn frad lassen un dem Schlichtermeister pünkte ich ooch zu. Aber sie waaren ja beide wie Feiler un Fett uf die Wette. „Herr Wirth, also jeben Sie mit mal 30 Paar Knobländer!“ beiteilt der Anjeklante, wobei seine Dogen ordentlich jängen. „Ich werde mir häuten“, jage ich, „mit so'ne Wetten is det so'ne Sache, hernach will keener die Wärite bezahlen. Wenn Sie wetten wollen, denn bejorten Sie sich die Juchthaten man alleine.“ Na, nach längerer Debatte entjchlief sich der Schneider, den Daler ausjulegen, ich borje ihm eene Schüssel, un er jett rum un holt frad 30 Paar Knobländer. Nu jing er los. Der Anjeklante ließ sich frad einen großen Nordhäuser jeben, det er det Zeit ooch Feiernand leisten konnte. Mit die ersten jehn Paar wurde er spielend fertig. Dann trant er noch eenen großen Nordhäuser un oß demu ruhig weiter. Als er det zwanzigste Paar unter hatte, war ihm noch nicht anzujehen. Er ließ sich noch eenen Schnaps jeben — bel jede Fehlschrede eene, jagte er — un denn jing er wieder los. Die Wäriteren jagen alle um ihn rum un jekten zu un zählten. „Hinzundzwanzig, jechszundzwanzig, jiebenundzwanzig“ hatten sie schon jähält. Meinen Schneider holte tief Athem, sah sich die drei ledrig jelliebeneren Wärite an un ließ sich noch eenen Nordhäuser jeben, diesmal bloß eenen kleinen. „Ich joober, er ischt siel!“ „Ja, die letzten sind die schlimmsten!“ „Halte Dir rapter!“ so jing er von allen Seiten. Die Sache jing un interejant zu mer'n. Meine Frau un meine Kinder handten ooch rum un den Tisch, un zujuehen, un sojar det Mädchen war aus die Kuche jekommen. Der Kunstjester hatte sich gerade die letzte Würst jingerdick mit Mörlich beiteiden un will ihr in den Mund stecken, da kriegt er wie aus Versehen von eenen von den Schlichtermeister seine Feinde eenen Stog jegen den Arm, det ihm die Würst aus der Hand un uf'n Fußboden fliegt. In dem nächsten Augenblick hat sie ooch mein Fehlschund erwisch, un verschwandun war sie. So, nu jing der Speisezettel los, wie ich det vorherjesehen hatte. Der Schlichter jagte, sein Laden wäre jchon zu, er könnte keine Würst mehr bejchaffen, un die Wette wäre unjällig. Er jing raus, un die Wäriteren lachten un jängen ooch raus. „Ich war julezt mit dem Schneider allein, det von die vielen Wärite un Schnaps un jeder die Wette lang raufend jemernden war. Als ich jagte, det könnte ihm nich schaden, det kame von solche unvernünftige Wetten, da jing er wie eine Aune mit n Weiler uf mir los, det ich hinter den Dsch retourneren mußte. Ich konnte ihn ober ooch nich eher los wer'n, als bis zwei Schwärte kamen, nach die meine Frau jichdt hatte. Die Schwärte haben ja ooch noch eenen bösen Namu mit ihm jehabt, un uf der Wache soll er ja jürchtlich ge- jcht haben. — Vorzüglicher: Nun, Anjeklante, was haben Sie zu jagen? — Angeklagter: Weiter nichdt als „Geschäft hätte ich sie doch.“ — Was ich von der neimundzwanzigsten.

von zwei Klagen in Aussicht genommen: am Ende der Kaiser-Wilhelm-Strasse, vor dem Friebeberg, und auf den...

Für Riether und Hausbesitzer. Das Landgericht Wachen sprach aus, es sei Niemand verpflichtet, seinen Briefkasten zu entleeren. Es handelte sich um eine...

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 2. Februar bis 8. Februar 1896 fanden nach dem Wochenbericht des...

Polizeilich gemeldete Infektionskrankheiten. In der Woche vom 2. Februar bis 8. Februar 1896 wurden 11...

Stadtheater. Heute Sonnabend findet hier die erste Aufführung des Schauspielers...

Operntheater. Heute Sonnabend geht zum ersten Mal das allgemein beliebte...

Operntheater. Morgen Sonntag geht das beliebte Schauspiel...

Operntheater. Heute Sonnabend geht zum ersten Mal das allgemein beliebte...

Der Fernsprecherbericht Breslau-Königsbrunn. Wie bereits berichtet wurde, am 10. Februar...

Petroleum im Feuer zu gießen ist eine Unsitte, durch welche schon viel Unheil angerichtet wurde...

Sinken eines Oberlahnes. Am Donnerstag Nachmittag schwamm im Unterwasser ein mit 3000 Centner Kohlen beladener...

Unglücksfälle. Ein Rutscher hat sich beim Fällen eines Baumes drei Finger der linken Hand zertrümmert. Ein Knecht überfuhr...

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 13. d. M. 33 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: einem Dienstmädchen...

Schlesien.

Saugendstelen. 14. Februar. Eingekerkerte Verurtheilte. Durch den Beitritt in Nr. 101 des „Proletariats“ sollte nach Wunsch der Staatsanwaltschaft...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Verurtheilte. 14. Februar. Eine dankenswerthe Einwirkung hat der Beutener Magistrat getroffen. Das Gesetz über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung...

Censur sind vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen worden. Auf die gleiche Klage des Vereins der „Freien Bühne“ hat das Oberverwaltungsgericht Beweis-Aufnahme beschlossen.

Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat am Freitag die Wahlen der Abgg. Graf Limburg-Sturum (conf.) (8. Breslau) und Halisch (conf.) (2. Breslau) für gültig erklärt.

2000 Tischlermeister hatten sich gestern im Böhmischen Brauhause eingefunden, um zu den Forderungen der Gesellen Stellung zu nehmen. Namens der vom Vorstande der Berliner Tischlerinnung eingesetzten Generalcommission...

Eine Versammlung von 1300 Schneidermeistern beschloß einstimmig, die Arbeit sofort niederzulegen, so lange bis eine Einigung zwischen den Schneidermeistern und den Confectionären erfolgt ist.

Quisburg, 14. Februar. Hier fand ein Pistolenduell zwischen einem Kaufmann, der Lieutenant der Reserve war, und einem Gerichtsassessor statt und zwar wegen eines Wortwechsels auf einem Ball, natürlich veranlaßt durch Liebesgeschichten. Der Kaufmann wurde durch einen Schuß in die Stirn getödtet.

Dresden, 14. Februar. Es besteht die Absicht, den Wahlgelegenheitswurf in der Deputation in der denkbar kürzesten Zeit durchzuführen.

Belgrad, 14. Februar. Der ehemalige Dragoman der russischen Gesandtschaft in Bukarest Jakobson, der seiner Zeit die geologischen russischen Dokumente an Stambulow verkaufte und seitdem in Bulgarien lebte, ist gestern aus Sofia ausgewiesen worden.

Sofia, 14. Februar. Die Sobranje hat beschlossen, unter dem Titel eines „Nationalgeschenkes“ für den Prinzen Boris den Betrag von 500.000 Francs in der Nationalbank bis zur Großjährigkeit des Prinzen anzulegen.

Gerang, 14. Febr. Auf sämtlichen hiesiger Kohlengruben sind die Bergleute in einen Ausstand eingetreten. Auf Grube „Marxhauer“ kam es zu Ausschreitungen, wobei ein Grubenbeamter schwere Verletzung davontrug.

Paris, 14. Februar. Krizan ist in Calais eingetroffen; er wurde bei der Landung von der Menge mit Pfeifen empfangen.

Konstantinopel, 14. Februar. Von hier wird bestätigt, daß die Polizei erneut eine heftigste Thätigkeit entwickelt, um dem jungtürkischen Geheimcomitee auf die Spur zu kommen.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. I. Paul, S. des Arbeiters Paul Brünner, 1 J. 3 M. — Hospitallin Dorothea Otto, 34 J. — Hedwig, T. des Arbeiters Carl Adam, 1 M. — Friede, T. des Schuhmachermeisters Adolf Schmidt, 14 J. — Alfred, S. des Theaterdieners...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Februar. Die Vernehmung der Verurtheilten und Angeklagten im Reichsgericht...

Drogerie „Zum Kranich“ Matthias-Strasse 4. Gegenüber der Odenhorwache. Leinöl, Firniss, Lacke, Farben, Leim, sämtliche Medicinal- und technische Drogen zu billigen Preisen. Fabrik von Arbeiter-Garderobe. Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden u. Jacken. Meine Butter- u. Käse-Handlung. Rosa Gadiel, Graupenstraße 19. S. Metz, Berlinersstr. 177.

Rechtskanzlei von Dressler, Kaiserstr. 18. Neue Heringe die Mandel 30, 40, 50, 60, 75 und 100 Pf. Ring 46, im Hofe. Breßlau. Freie Religionsgesellschaft. Erbauungshalle Grünr. 6. Sonntag den 16. Februar. Sonntag 9. Uhr: Erbauung. Sonntag 10. Uhr: Predigt. Sonntag 11. Uhr: Predigt. Sonntag 12. Uhr: Predigt. Sonntag 13. Uhr: Predigt. Sonntag 14. Uhr: Predigt. Sonntag 15. Uhr: Predigt. Sonntag 16. Uhr: Predigt. Sonntag 17. Uhr: Predigt. Sonntag 18. Uhr: Predigt. Sonntag 19. Uhr: Predigt. Sonntag 20. Uhr: Predigt. Sonntag 21. Uhr: Predigt. Sonntag 22. Uhr: Predigt. Sonntag 23. Uhr: Predigt. Sonntag 24. Uhr: Predigt. Sonntag 25. Uhr: Predigt. Sonntag 26. Uhr: Predigt. Sonntag 27. Uhr: Predigt. Sonntag 28. Uhr: Predigt. Sonntag 29. Uhr: Predigt. Sonntag 30. Uhr: Predigt. Sonntag 31. Uhr: Predigt. Sonntag 32. Uhr: Predigt. Sonntag 33. Uhr: Predigt. Sonntag 34. Uhr: Predigt. Sonntag 35. Uhr: Predigt. Sonntag 36. Uhr: Predigt. Sonntag 37. Uhr: Predigt. Sonntag 38. Uhr: Predigt. Sonntag 39. Uhr: Predigt. Sonntag 40. Uhr: Predigt. Sonntag 41. Uhr: Predigt. Sonntag 42. Uhr: Predigt. Sonntag 43. Uhr: Predigt. Sonntag 44. Uhr: Predigt. Sonntag 45. Uhr: Predigt. Sonntag 46. Uhr: Predigt. Sonntag 47. Uhr: Predigt. Sonntag 48. Uhr: Predigt. Sonntag 49. Uhr: Predigt. Sonntag 50. Uhr: Predigt. Sonntag 51. Uhr: Predigt. Sonntag 52. Uhr: Predigt. Sonntag 53. Uhr: Predigt. Sonntag 54. Uhr: Predigt. Sonntag 55. Uhr: Predigt. Sonntag 56. Uhr: Predigt. Sonntag 57. Uhr: Predigt. Sonntag 58. Uhr: Predigt. Sonntag 59. Uhr: Predigt. Sonntag 60. Uhr: Predigt. Sonntag 61. Uhr: Predigt. Sonntag 62. Uhr: Predigt. Sonntag 63. Uhr: Predigt. Sonntag 64. Uhr: Predigt. Sonntag 65. Uhr: Predigt. Sonntag 66. Uhr: Predigt. Sonntag 67. Uhr: Predigt. Sonntag 68. Uhr: Predigt. Sonntag 69. Uhr: Predigt. Sonntag 70. Uhr: Predigt. Sonntag 71. Uhr: Predigt. Sonntag 72. Uhr: Predigt. Sonntag 73. Uhr: Predigt. Sonntag 74. Uhr: Predigt. Sonntag 75. Uhr: Predigt. Sonntag 76. Uhr: Predigt. Sonntag 77. Uhr: Predigt. Sonntag 78. Uhr: Predigt. Sonntag 79. Uhr: Predigt. Sonntag 80. Uhr: Predigt. Sonntag 81. Uhr: Predigt. Sonntag 82. Uhr: Predigt. Sonntag 83. Uhr: Predigt. Sonntag 84. Uhr: Predigt. Sonntag 85. Uhr: Predigt. Sonntag 86. Uhr: Predigt. Sonntag 87. Uhr: Predigt. Sonntag 88. Uhr: Predigt. Sonntag 89. Uhr: Predigt. Sonntag 90. Uhr: Predigt. Sonntag 91. Uhr: Predigt. Sonntag 92. Uhr: Predigt. Sonntag 93. Uhr: Predigt. Sonntag 94. Uhr: Predigt. Sonntag 95. Uhr: Predigt. Sonntag 96. Uhr: Predigt. Sonntag 97. Uhr: Predigt. Sonntag 98. Uhr: Predigt. Sonntag 99. Uhr: Predigt. Sonntag 100. Uhr: Predigt.